

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

erschienen wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schram.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlerstr. 16a part.
Telephonruf: Nr. 8892.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **383800** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Gelbe Sumpfpflanzen und der Verband Metallindustrieller in Württemberg.

Die Lebius-Briefe brachten den Beweis, daß die gelben Organisationen nicht aus eigenem Antrieb von Arbeitern ins Leben gerufen wurden, sondern daß als Gründer die gelben Häuptlinge und die dahinter stehenden Unternehmer und deren Organisationen angesehen werden müssen. In Württemberg waren die Gelben seither nur dem Namen nach bekannt, selbst die eifrigen Bemühungen des Hatters v. Welbegg, dem in Zürich der Boden zu heiß wurde, hatten in Stuttgart keinen Erfolg. Das hat ja auch Lebius in seinen Briefen erwähnt. Wir haben einem Schreiben, das v. Welbegg am 1. Juli 1908 an die Stuttgarter Unternehmer versandte, keine Bedeutung beigemessen, wollen es aber nun veröffentlichen, es lautet: Gelbe Arbeiterpartei. Sektion Stuttgart, Kolbstr. 4C. Stuttgart, den 1. Juli 1908.

Geehrter Herr! Sie erneut auf unsere Bestrebungen aufmerksam zu machen, die einerseits auf ein nicht nur friedliches, sondern geschäftlich-freundschaftliches Zusammenarbeiten von Arbeitgeber und Arbeiter hinstreben, andererseits die Arbeiter durch eine freiwillige Parteiorganisation zum Nutzen jedes einzelnen gegen den von allen anderen Arbeiterorganisationen ausgeübten Organisationszwang zu schützen sollen.

Wir gehen deshalb gewiß nicht fehl, wenn wir auf Ihre soziale Einsicht vertrauen annehmen, daß Sie uns in dieser Aufklärung der Arbeiterpartei, welche die einzige wirksame Bekämpfung der Sozialdemokratie ist, gern unterstützen werden; besonders in dieser für eine junge Arbeiterpartei so schwierigen Zeit wirtschaftlichen Niedergangs, der aber gerade Ihnen, geehrter Herr, die beste nicht so leicht wiederkehrende Gelegenheit bietet, Ihre Werkstätten von schlechten Elementen zu säubern und mit anständigen, vernünftigen Arbeitern zu besetzen. Unsere Prinzipien und Bestrebungen können aber nicht besser in der Arbeiterpartei verbreitet werden als durch unser Parteiorgan, die „Gelbe Arbeiterzeitung“, deren Unterstützung durch ein Jahresabonnement (5 Mk.) somit in Ihrem eigenen Interesse liegt.

Wir legen einen Bestellzettel bei und bitten um Ihre gefällige Zustimmung. Gleichzeitig machen wir Sie auf unseren speziell nur für unsere Abonnenten errichteten Arbeitsnachweis (Kolbstr. 1, 1) aufmerksam und dürfen wohl hoffen, daß Sie bei Befehung der bei Ihnen frei werdenden Stellen unsern Parteimitgliedern den Vorzug geben werden. In Erwartung Ihres gefälligen Auftrags zeichnen wir Mit vorzüglicher Hochachtung Für das Zentralkomitee: Welbegg.

In der Zwischenzeit hat jedenfalls Lebius seinen Besuch bei dem Verband Metallindustrieller in Württemberg gemacht und dieser legt sich nun ins Zeug, die armen Arbeiter vom „Terrorismus und Organisationszwang der Roten zu befreien“, indem er selbst die Gründung der Organisation in die Hand nimmt. So leicht wird dem Verband Metallindustrieller in Württemberg die Sache wohl nicht werden, denn von allen anderen Schwierigkeiten abgesehen, will ein großer Teil der Unternehmer von der Sache selbst nichts wissen, da sie „ziemlich teuer kommt und gar keine Gewissheit geboten ist, ob das Geld nicht doch nutzlos zum Fenster hinausgeworfen wird“. In diesem Sinne hat sich ein Unternehmer einem Vertreter unseres Verbandes gegenüber ausgesprochen, welcher Unternehmer nebenbei noch erwähnte, er könne als Unternehmer nicht mit allen Bestrebungen der Arbeiterorganisationen sympathisieren, doch lasse es sein Charakter nicht zu, die Arbeiterpartei über diese für sie selbst sehr wichtigen Vorbereitungen im unklaren zu lassen. Unsere Aufgabe und unser Bestreben war es daher, weiteren Aufschluß zu erlangen und dann die Manuskriptarbeit der Unternehmer zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen, damit auch die Arbeiterpartei die nötigen Vorbereitungen treffen kann. Wir lassen zunächst folgendes Zirkular folgen:

Verband Metallindustrieller in Württemberg.
Geschäftsstelle: Langestraße 68.
Stuttgart, 1. Dezember 1908.
P. P.

1. Unter höflicher Bezugnahme auf Ziffer 5 der Tagesordnung zur Verbandssammlung übergehend, wir Ihnen anbei je einen Satzungsentwurf für den zu gründenden Unterstützungsverein des Verbandes Metallindustrieller in Württemberg und dessen Krankenhilfskasse „Württemberg“ zu Ihrer gefälligen Kenntnisnahme. Um nun einige Anhaltspunkte über die etwaige Beteiligung der Arbeiter an dieser Kasse zu bekommen, bitten wir diejenigen unserer verehrlichen Mitglieder, welche sich für diese Einrichtung interessieren und zum Beitritt in den Unterstützungsverein geneigt sind, in vertraulicher Weise diesbezügliche Erhebungen bei Ihnen in Betracht kommenden Arbeitern anzustellen und uns das Ergebnis noch vor der Verbandssammlung mitzuteilen.

2. Die Schwäbische Tagwacht hat schon vor kurzer Zeit einmal und in ihrer Nummer vom 28. November wiederholt verschiedene in letzter Zeit ausgegebene Rundschreiben des Gesamtverbandes betreffend Arbeiterbewegungen im vollen Wortlaut veröffentlicht. Wir nehmen daher Berichtigung, unsere Mitglieder dringend zu bitten, diese sowie alle derartigen Rundschreiben als vertraulich zu behandeln und dafür be sorgt sein zu wollen, daß sie nur in die Hände durchaus zuverlässiger Personen gelangen, so daß solche Mißbräuche künftig ausgeschlossen sind.

Verband Metallindustrieller in Württemberg.
Vorstand: gez. G. Fischer.
Was den unter 2 erwähnten Punkt betrifft, so ist der Metallindustriellenverband auf falscher Fährte, denn die Tagwacht druckte diese Listen bisher von anderen Blättern ab. Der schon gewählte Name „Krankenhilfskasse Württemberg zu Stuttgart“ soll der zu gründenden Streikbrecherorganisation den Anschein geben,

als ob es sich nicht um eine gelbe Organisation handelte, doch wird diese Gründung nicht nach ihrem Namen, sondern nach ihren Statuten zu beurteilen sein. Der Abdruck des ganzen Statutenentwurfes würde zu weit führen, wir wollen daher nur die wichtigsten Stellen daraus wiedergeben und auf ihre Bedeutung hinweisen.

In § 1 wird gesagt, daß der Verband Metallindustrieller in Württemberg eine Krankenhilfskasse unter dem Namen „Württemberg“ errichtet, die gegenseitige Unterstützung im Krankheitsfalle und die Gewährung eines Begräbnisgeldes an die Hinterbliebenen bezweckt. Der § 2 befiehlt über die Erwerbung der Mitgliedschaft:

1. Mitglied kann jede männliche oder weibliche Person werden, welche a) auf Grund der Arbeitsordnung bei einer dem Unterstützungsverein des Verbandes Metallindustrieller in Württemberg angehörigen Firma beschäftigt ist; b) weder einer mit einer Krankenhilfs- oder Unterstützungsvereine Arbeiterorganisation, noch einer sozialdemokratischen Arbeiterorganisation angehört, noch letztere eine solche Kasse besitzen oder nicht.

Hier wird also klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es sich nicht um eine Kasse zur Unterstützung bei Krankheiten allein handelt, sondern der eigentliche Zweck ist, alle nicht organisierten Arbeiter zu einer Organisation zusammenzubringen nach dem Programm der Gelben.

Aus § 3 geht hervor, daß die Mitgliedschaft erlischt durch eine schriftliche Austrittserklärung; ferner mit Arbeitsaufnahme bei einer Firma, die dem Unterstützungsverein nicht beigetreten ist, sofern nicht innerhalb vier Wochen die Erklärung abgegeben wird, daß der Beitretende Mitglied bei der Kasse bleiben will. Ausgeschlossen wird jeder, bei dem die Voraussetzungen des § 2 nicht mehr zutreffen, ferner wer durch Täuschung Unterstützungen erlangt oder zu erlangen versucht hat, wer mit den Beiträgen länger als vier Wochen im Rückstand ist, wer bei der Aufnahme über persönliche oder gesundheitliche Verhältnisse wesentlich unwahre Angaben gemacht hat. Gegen die Ausschlüsse steht den Mitgliedern das Beschwerderecht an die Hauptversammlung nur in den letzten beiden genannten Fällen zu. Der Vorstand soll aus je 5 Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter bestehen, die von der Hauptversammlung gewählt werden. Der Vorsitzende muß stets ein Vertreter der Unternehmer, sein Stellvertreter ein Vertreter der Arbeiter sein.

Die Hauptversammlung wird durch Anschlag in den die Kassenglieder beschäftigenden Betrieben vierzehn Tage vorher einberufen. Beschlüsse können nur über die in der Tagesordnung bekannt gegebenen Gegenstände gefaßt werden. Anträge müssen auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn sie zehn Tage vorher der Hauptversammlung von mindestens einem Zehntel der stimmberechtigten Mitglieder schriftlich dem Vorstand eingereicht werden. Außer der jährlichen Hauptversammlung können nach Bedarf oder auf Antrag von einem Zehntel der stimmberechtigten Mitglieder nach schriftlicher Begründung außerordentliche einberufen werden, in denen nur der die Veranlassung gebende Gegenstand zu beraten ist. Die Hauptversammlung wird gebildet durch Abgeordnete, die stimmberechtigt und mindestens fünf Jahre ununterbrochen in demselben Betrieb beschäftigt sind. Auf je 50 Mitglieder eines Betriebes, sofern die Zahl nicht durch 50 teilbar ist, auf weitere 25 Mitglieder entfällt ein Abgeordneter, die von den stimmberechtigten Mitgliedern gewählt werden. Betriebe mit weniger als 50 Mitgliedern werden zusammengelegt und nach letzter Maßgabe gewählt.

Erwähnenswert ist aus dem § 8 noch die festgesetzte Entschädigung und die Bestimmung, daß den Abgeordneten und den mit besonderen Ämtern betrauten Kassengliedern der zur Ausübung ihrer Obliegenheiten nötige Urlaub gewährt wird. Für die Teilnahme an den Hauptversammlungen und für Dienstverrichtungen erhalten die dazu Berufenen aus der Kasse bei Abwesenheit innerhalb des Wohnortes oder innerhalb des Stadtdirektionsbezirkes Stuttgart bis zu 6 Stunden ein Taggeld von 2,50 Mk., bei längerer Abwesenheit 5 Mk., außerhalb des Wohnortes die doppelten Sätze, dazu bei Eisenbahnbenützung das Fahrgehdritter Klasse.

Die §§ 9, 10, 11, 12 und 13 behandeln innere Organisationsangelegenheiten, die §§ 14 und 15 die sehr wichtige Beitrags- und Unterstützungsfrage. Die Beiträge werden nach dem bei der Aufnahmeerklärung gegebenen Einverständnis bei der regelmäßigen Lohnzahlung abgezogen. Die Aufnahmegebühr beträgt 80 % der wöchentlichen Beitrag in Klasse I 20 %, in Klasse II 80 %, in Klasse III 40 % und in Klasse IV 50 %. Unterstützungen werden nach Ablauf von 19 Beitragswochen vom vierten Tage der durch Krankheit herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit in Klasse I pro verfallenen Arbeitstag 1 Mk., in Klasse II 1,50 Mk., in Klasse III 2 Mk., in Klasse IV 2,50 Mk. auf die Dauer von 13 Wochen, nach mehr als 52 wöchentlichem Mitgliedschaft bis zu 52 Wochen (26 Wochen die ganze und 26 Wochen die halbe Unterstützung) gewährt. Ausgesteuerte können erst nach Ablauf von 52 Wochen vom letzten Erhebungstag an wieder Unterstützung beziehen, doch nur für 13 Wochen, erst nach Ablauf von weiteren 52 Wochen wird wieder die volle Unterstützung gewährt. Krankheiten, die durch Schlägereien, Kaufhandel, durch Drunkheiligkeit oder vorzüglich herbeigeführt sind, werden nicht unterstützt. Für Verfehlungen gegen die Vorschriften sind Strafen in der Höhe bis zum dreifachen Betrag der täglichen Unterstützung in jedem Übertretungsfalle angesetzt, sie können bei Nichtbezahlung den Ausschluß nach sich ziehen. Mit Ablauf der Kalenderwoche erlischt jeder Anspruch auf Unterstützung, falls der Austritt oder Ausschluss erfolgte, es sei denn, daß das Recht auf Unterstützung bereits erworben war.

Nach Leistung von 52 Beiträgen wird ein Begräbnisgeld gewährt an den Überlebenden Ehegatten oder die Erben in Klasse I 30 Mk., in Klasse II 45 Mk., in Klasse III 60 Mk., in Klasse IV 75 Mk.

Nach Auflösung oder Schließung der Kassen sollen zunächst die Verpflichtungen an Kranke erfüllt werden, dann sind an den Unterstützungsverein der Metallindustriellen die während des letzten Jahres und des laufenden Jahres geleisteten Zuschüsse zurückzuerstatten, der Rest ist nach Köpfen unter die Kassenglieder zu verteilen. Das Muster eines beigefügten Aufnahmescheines lautet:

Muster für die Beitragsklärung.
Ich bitte um Aufnahme in die Krankenhilfskasse „Württemberg“ auf Grund der mir bekannten Satzungen, deren Bestimmungen ich hiermit in allen Teilen anerkenne.
Ich erkläre ausdrücklich, daß ich weder einer mit einer Krankenhilfs- oder Unterstützungsvereine Arbeiterorganisation noch einer sozialdemokratischen Arbeiterorganisation mit einer oder ohne eine solche Kasse angehöre.

Seit ... bin ich bei der Firma ... als ... beschäftigt. Ich wünsche, in die ... Beitragsklasse aufgenommen zu werden und bin mit dem Abzug der Beiträge durch meinen Arbeitgeber bei den regelmäßigen Lohnzahlungen einverstanden.
An Krankheits habe ich im Laufe des letzten Jahres vor dem heutigen Tage erlitten: ... Körperliche Fehler und Leiden habe ich: ...

Ich versichere die Richtigkeit aller vorstehenden Angaben.
Vor- und Zunamen: ... Geburtsort: ... Geburtag: ... Stand (ledig, verheiratet): ... Wohnung: ...

Wir wollen nun gleich den Entwurf für die Satzungen des Unterstützungsvereins des Verbandes Metallindustrieller in Württemberg, der gebildet werden soll, wörtlich wiedergeben, da dessen Inhalt zur Illustration der ganzen Gründung dient.

Satzungen des Unterstützungsvereins des Verbandes Metallindustrieller in Württemberg.

Name, Zweck und Sitz des Vereins.
§ 1.
1. Der Verband Metallindustrieller in Württemberg gründet einen Verein zum Zweck der Bildung eines Garantiefonds für die gleichzeitig von ihm errichtete Krankenhilfskasse.
2. Der Verein führt den Namen: „Unterstützungsverein des Verbandes Metallindustrieller in Württemberg“; er hat seinen Sitz in Stuttgart und ist vom Verband Metallindustrieller getrennt organisiert.

Mitgliedschaft.
§ 2.
1. Mitglieder des Unterstützungsvereins können nur solche Firmen werden, welche dem Verband Metallindustrieller in Württemberg angehören.
2. Mit dem Aufnahmegesuch ist eine schriftliche Erklärung über die ausdrückliche Anerkennung der Satzungen des Unterstützungsvereins und der Krankenhilfskasse, sowie über die Zahl der Arbeiter anzugeben, welche in die Krankenhilfskasse eintreten wollen.
3. Der Austritt aus dem Verein kann nur schriftlich auf den Schluss eines Geschäftsjahres mit dreimonatlicher Kündigungsfrist erklärt werden. Die Kündigung entbindet nicht von den Verpflichtungen zur Zahlung der bis zum Schluss des betreffenden Geschäftsjahres entfallenden Verbindlichkeiten. Das Auscheiden aus dem Unterstützungsverein berechtigt zu keinerlei Ansprüchen an das Vereinsvermögen.
4. Eine Zurückzahlung der gezahlten Beiträge findet in keinem Fall statt, vielmehr sind die verfallenen und die bis zum Schluss des Geschäftsjahres verfallenden Beiträge und Verbindlichkeiten jeder Art noch zu entrichten.

Garantiefonds.
§ 3.
1. Jedes Mitglied hat für den Garantiefonds des Unterstützungsvereins an Beiträgen zu leisten:
a) Beim Eintritt für jeden bei demselben beschäftigten, in der Erklärung des § 2 aufgeführten künftigen Angehörigen der Krankenhilfskasse 10 Mk.; mindestens aber für jeden der von ihm am vorhergegangenen 1. Mai beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeiter, sowie Lehrlinge 1 Mk.;
b) bis zum 31. Dezember jeden Jahres für jedes über die bereits angemeldete Mitgliederzahl weiter von ihm beschäftigte neu aufgenommene Kassenglied 10 Mk.

Diese Beitragspflicht ruht indessen so lange, als der nach Ziffer a entrichtete Mindestbeitrag dadurch nicht überschritten wird.
c) Außerordentliche Beiträge zur Ergänzung des Garantiefonds.
Diese werden vom Vorstand nach der Zahl der Angehörigen der Krankenhilfskasse erhoben, wenn sich der Fonds an Schlusse eines Rechnungsjahres um den dritten Teil vermindert hat.
2. Eine Rückzahlung der geleisteten Beiträge für etwa aus der Krankenhilfskasse auscheidende Arbeiter findet nicht statt.
3. Die für den Garantiefonds eingehenden Beträge sind auf den Namen des Unterstützungsvereins in öffentlichen Sparkassen oder in mindersicheren Papieren anzulegen. Die letzteren müssen bei der Reichsbank hinterlegt werden; die Niederlegungsscheine sind mit den Kassengeldern zu verwahren.

§ 4.
1. Der Garantiefonds findet Verwendung:
a) Zur Ausgleichung etwaiger beim Jahresabschluss der Krankenhilfskasse festgestellter Abmängel;
b) zu außerordentlichen Zuschüssen für den seitens der Krankenhilfskasse anzuführenden Reservefonds;
c) zu vorübergehenden, unverzinslichen Darlehen an die Krankenhilfskasse im Falle großer Beanspruchung ihrer Mittel;
d) zur Gewährung von Begräbnisgeldzuschüssen an den hinterbliebenen Ehegatten und in Ermangelung eines solchen an die Erben verheirateter Mitglieder der Krankenhilfskasse. Dieser Zuschuß beträgt bei einer Kassengliedschaft von

	1 Jahr	2 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
in Klasse I	10 Mk.	20 Mk.	30 Mk.
„ II	15 „	30 „	45 „
„ III	20 „	40 „	60 „
„ IV	25 „	50 „	75 „

o) zu den in § 9, letzter Absatz, vorgesehenen Unterstützungen.
In den Satzungen a bis e sind in erster Linie die Zinsen aus dem Fonds zu verwenden.

„Schon die Straße nach dem anderen am freiwilligen Arbeit habend“, sagt der Herrmann U. Was beschließen über uns die nächsten-berühmten Metallindustriellen mit ihrem Konfessionsbekenntnis? „Wahrscheinlich hat er solche gefunden, seine und der Genuß hat sich ein Ende nehmen. Da kommt der Fragebogen vom Herrmann des Metallindustriellen herab und die Firma zuckt, die Luftkraft aber den Arbeiter lautet: „Geht. Dieser wird gerufen und ihm gesagt: „Gut mir leid, daß ich Sie nicht weiter beschäftigen kann.“ Der Arbeiter wird entlassen, ein Grund wird nicht angegeben. Der Gedächtnis hat vielleicht einmal in einer Versammlung über die Verhältnisse im Betrieb gesprochen. Durch einen Denunzianten ist das der Firma mitgeteilt worden, es ist vielleicht noch beigefügt worden. Damit ist dann die Eigenschaft als Träger schiefgefallen. Wenn irgend eine Maßnahme geeignet ist, den Verband Metallindustrieller in Württemberg um sein Ansehen zu bringen, so ist es diese. Leichtfertig wurde seither schon von den Firmen des Verbandes gehandelt. Bei Entfertigung schwarzer Listen für streikende Arbeiter wurden ohne weiteres auch Arbeiter mit aufgenommen, die schon Wochen vor dem Streik den Betrieb verlassen hatten, sogar solche, denen von der Firma gelündigt war. Die ganze Einrichtung der Unternehmer ist ein Feingewicht, und der Verdächtige kann sich nicht einmal verteidigen. Die Brandmarkung der Arbeiter auf geheimen Listen, wie sie der Verband Metallindustrieller in Württemberg zu betreiben beabsichtigt, ist unseres Erachtens aber eine strafbare Umgehung des § 118 der Gewerbeordnung. Wir werden aber auch den ersten und bekannt werdenden Fall, wo ein Arbeiter durch diese Infiltrationsliste brotlos umherirren muß, vor das zuständige Gericht durch eine Schadenersatzklage bringen.

Die Arbeiterchaft erstet aus allem Vorstehenden, was die Herren Schatzmacher für ein Handwerk treiben. Sie schreden vor keinem Mittel zurück, ihre Macht zu befestigen, die Arbeiterorganisation unschädlich zu machen. Daraus sollten aber die Arbeiter klar ersehen, welchen Wert für sie die gewerkschaftliche Organisation hat. Würden sie sonst die Unternehmer zu vernichten suchen? Mit doppeltem Eifer und mit mehr Energie als bisher muß deshalb gearbeitet, müssen Gegenmaßnahmen durchgeführt werden, die die Pläne der Schatzmacher über den Haufen werfen.

Klerikalismus und Sozialismus.

Da. Als anfangs der sechziger Jahre die sozialistische Bewegung in Deutschland mit der Agitation Lassalles einsetzte, da zeigte sich der Klerikalismus dieser Bewegung gar nicht so abgeneigt. Bischof Ketteler von Mainz konnte sich der Bewunderung vor der Laikraft und dem Wissen Lassalles nicht enthalten; der katholische Oberhirt gewann es über sich, den Sozialistenführer brieflich um seinen Rat in sozialen Dingen zu bitten, und Ketteler widmete den Lassalleschen Schriften ein derart eingehendes Studium, daß seine sozialistischen Lehren in allem den deutlichen Einfluß des sozialistischen Vorbildes zeigten. Auch das wissenschaftliche Organ des deutschen Klerikalismus, die Historisch-politischen Blätter, lassen es in den sechziger Jahren an Anerkennung Lassalles, der wiederholt als der „geniale Denker“ bezeichnet wird, nicht fehlen. Die Kritik, die Lassalle an den Fortschrittler übte, kam den Klerikalen gelegen, denn damals war nicht wie heute der Sozialismus, sondern der Liberalismus der eigentliche Feind des Klerikalismus, und die praktischen Forderungen Lassalles: das allgemeine Wahlrecht und die Produktionsassoziationen mit Staatshilfe, waren, wenn sie auch in den Klerikalen nicht unbedingte Befürworter fanden, doch immerhin für sie diskutabel. Eine Zentrums-partei wie heute, die sich zur Rettung der Gesellschaft vor dem Umsturz anpreist, gab es damals nicht, das parteipolitische Interesse war also damals auf klerikaler Seite nicht in dem Maße wie von den sechziger Jahren an vorhanden; der Kulturkampf, der die religiöse Aufhebung der Massen mit sich brachte, war noch nicht da — kurzum, die allgemeine Sachlage brachte es mit sich, daß damals der Klerikalismus mit Gelassenheit und, soweit die gebildeteren Kreise in Betracht kamen, sogar teilweise mit Anerkennung und Wohlwollen der sozialistischen Bewegung zusah.

Selbstverständlich hatten aus diesem Grunde auch Lassalle und seine Leute keinen Anlaß, sich der Kirche und ihren Vertretern mit ausgesprochener Feindseligkeit entgegenzustellen. Lassalle selber geht sogar in seiner Nachsicht gegenüber der reaktionären Macht der Kirche zu weit und entschließt sich zu verwerfen, was seine agitatorischen Zwecken geübten Lobeserhebungen gegenüber Bischof Ketteler, von dem er in seiner Ronzdorfer Rede (Mai 1864) sagt, daß er ein Mann sei, den man am Rhein wie einen Heiligen verehere, ein Mann, der sich seit langen Jahren mit gelehrten Studien abgegeben habe — wovon weder das eine noch das andere richtig ist. Lassalles Nachfolger nahmen zwar Gelegenheit, die sich aus der Geschichte und der Erfahrung ergebende kulturwidrige Natur der Kirche und die Unvereinbarkeit des Klerikalismus mit der modernen Arbeiterbewegung gebührend hervorzuheben, immerhin machten auch sie aus ihrer Achtung vor der geschichtlichen Bedeutung, der inneren Geschlossenheit und der geistigen Folgerichtigkeit der Kirche kein Hehl. So heißt es in einem Artikel aus der ersten Zeit (6. Januar 1865) des Sozialdemokrat, aus Anlaß der Veröffentlichung des Syllabus, jener päpstlichen Verurteilung alles modernen Fortschrittes auf politischem und geistigem Gebiet:

„Das Christentum und die moderne Gesellschaft stehen in einem unversöhnlichen Gegensatz zueinander, in einem so unversöhnlichen Kampfe, daß nicht das eine Element zuträglich dem anderen werden mag. Welche der beiden Elemente das unterliegende sein wird, das kann für uns, die wir an die unüberwindliche Macht der Zivilisation glauben, nicht zweifelhaft sein.“ Das Papsttum, heißt es dann, sei die Wille und das Verbot des Christentums, das Autoritäts-glaubens, des Autoritätsbewusstseins durch ganz Europa; nur das Papsttum allein könne die ganze und volle Sprache des Autoritätsglaubens führen und steuern, nicht laienhaftig sei es, wenn es hierbei den Mut seiner Sache habe. „Wir sind einverstanden mit dem Liberalismus darin, daß das Papsttum als eine der modernen Kultur-entwicklung feindliche Macht zu betrachten und zu behandeln ist, unbilligen wir aber die wegworfene, böhmische Art, womit diese schwächlichen, konsequenzlosen Mittelparteien über eine Kundgebung abspreschen, die so unverkennbar den Stempel unbedingter Überzeugungskraft trägt. Ohne reale, materielle Macht steht das Papsttum inmitten feindlicher Elemente da, und trotzdem den Gefahren, die es umdrängen, auf die Möglichkeit hin sogar, die letzten schließenden Bajonetts zu verlieren, hat es mit dem ganzen Stolze seiner tausendjährigen Vergangenheit einer feindlichen Welt dieses rätselhafte Anathem entgegengeschleudert. Wo können jemals jene schwächlichen Mittelparteien den Mut und die innere Kraft, inmitten brodender Gefahren zu solcher Sprache sich zu erheben?“ Den vollen Mut ihrer Sache, so schließt der Artikel, hätten nur die extremen Parteien, die auf einer großen, die ganze Weltanschauung beherrschenden Idee ruhen. Die Sozialdemokratie, die das zu verstehen und zu würdigen vermöge, wisse, daß das Papsttum seinem Falle entgegengeführt werden müsse und tatsächlich bereits entgegengeht, „aber fern von kindischen Hohnen können wir aus seiner längsten Kundgebung die Erkenntnis entgegennehmen, daß es, was auch immer kommen möge, mit Ehren zu fallen gedenkt.“

Das war eine würdige und selbstbewußte Sprache von Männern, die die Größe ihrer Sache vorausschauten, gegenüber einem Gegner, dessen Stärke und Hartnäckigkeit sich immer wieder bewährte. Und von fast verfühlerischem Geiste war ein Artikel diktiert, der als Erwiderung auf obige Ausführungen in dem namhaften klerikalen Blatte, dem Mainzer Journal, erschien. Der Liberalismus der Bourgeoisie, so heißt es darin, bedürfe keiner Religion für seinen Staat und seine Gesellschaft. Selbstgott nach allen Seiten hin, habe der Bourgeois keine andere Aufgabe, als daß nichts über, nichts unter und nichts neben ihm sein Wohlbestehen störe. Dann heißt es:

„Die Partei des vierten Standes hingegen besteht in der menschlichen Solidarität und sie ahnt, daß es ohne Religion keine Gemeinschaft gibt. Sie hat als solche kein Herz für die bestehenden Formen des Christentums, weil sie bei diesen auch kein Herz für ihre Interessen gefunden zu haben glaubt. Sie sieht insbesondere das Papsttum als die Krone einer ihr feindlichen Weltperiode an, das daher fallen müsse, wenn die Kulturentwicklung eine Wendung zugunsten des vierten Standes nehmen solle. Aber sie spricht von der großen sozialen Erscheinung der Kirche doch nicht in dem empörenden Tone ausgelassener Knaben wie der Liberalismus. Denn sie hat das Gefühl, das in diesem erstrahlt ist, daß immerhin ein Band des Menschlichen mit dem Unendlichen und des Menschlichen mit der Menschheit sein müsse.“

An die Erhebung des vierten Standes, so meint das klerikale Blatt weiter, knüpfe sich eine Welt von Gedanken, die in einem kurzen Artikel nicht einmal angedeutet werden könnten. Aber eine Frage glaubt das Blatt doch stellen zu dürfen gegenüber den religiösen Anschauungen der neuen Partei, die Frage nämlich, ob man sich nicht mißverstehen. Man sage von der Kirche mit Recht, sie ver-trage sich mit jeder Staatsform, aber noch mehr: sie habe auch von allen christlich-germanischen Weltperioden eine bestimmte äußere Färbung angenommen. „Wenn aber eine neue Weltperiode wieder lauter als je nach dem Evangelium der Armen ruft, warum sollte nicht auch die Kirche vorherrschend Arbeitergestalt annehmen? Es wäre von den Veränderungen, die sie in ihrer Stellung zur Welt schon erlebt hat, nicht einmal die größte. Jedenfalls dürften über kurz oder lang alle anderen Kirchenfragen hinter der einen Frage verschwinden: wie der Katholik sich zu der neuen Bewegung der Arbeiter zu verhalten habe? Soll der vierte Stand als gleichberechtigt unter die anderen Stände eintreten, so ist es die erste Bedingung, daß die Bewegung nicht wieder rückschlagig werde und zum roten Gespenst ausarte. Welche Macht aber könnte auf die Länge eine solche Katastrophe verhindern, wenn nicht der Geist Christi in der Kirche.“

Die Hoffnungen, die das klerikale Blatt an den weiteren Verlauf der sozialistischen Arbeiterbewegung und die Gestaltung ihres Verhältnisses zur Kirche knüpfte, haben sich nun nicht erfüllt. Je mehr sich herausstellte, daß die Arbeiterbewegung sich nicht mit der Erfüllung von zwei oder drei praktischen Forderungen begnügte; je mehr sie sich als Träger einer neuen Weltanschauung offenbarte, die den Menschen in all seinen Bedürfnissen, den wirtschaftlichen, politischen, geistigen und sittlichen, umfaßte; je mehr sich andererseits der Klerikalismus auf das politische Gebiet begab, Anspruch machte auf die Massen und diese gegen den immer weiter in die klerikalen Gefilde vordringenden Sozialismus zu verteidigen hatte, desto schneller und gründlicher schwand die anfängliche Gelassenheit, das teilweise Wohlwollen, womit man einander gegenüberstand. Immer breiter

wuchs die Schärfe, immer schärfer wurden die Waffen, immer unversöhnlicher die Stimmung zwischen Sozialismus und Klerikalismus, die heute einander als die gefährlichsten und wichtigsten Gegner betrachten.

Wir sind weit davon entfernt, im Klerikalismus den einzigen Feind der Arbeiterbewegung der sozialistischen Arbeiterbewegung zu sehen, wir sehen in ihm einen von vielen Gegnern — allerdings einen sehr starken, hartnäckigen und gefährlichen Gegner, der infolge seines Einflusses auf die Massen der Ausbreitung unserer Bestrebungen auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiete besonders störende Schwierigkeiten macht. Auch wir sind, wie die Führer aus dem Anfang der Arbeiterbewegung, der Ansicht, daß das eine Element dem andern weichen muß, aber auch wir, die wir an unsere Sache, an die Macht der Zivilisation glauben, sind der Überzeugung, daß der weichende Teil der Klerikalismus sein wird.

Gesundheitsgefahren für Metallarbeiter.

Wie die Metallarbeiter mit den Berg-, Bau- und Holzarbeitern an der Spitze der Unfallstatistik stehen, so gehören sie andererseits auch mit zu denen, die am meisten von Gefahren, von schädlichen Einflüssen auf ihre Gesundheit bedroht sind. Eine reiche Fülle von bezüglichem Material und praktischen, beachtenswerten Ratschlägen enthalten die Fabrikinspektorenberichte, aus denen wir nur einiges wesentliches und interessante zum Nutzen unserer Kollegen hervorheben wollen.

Im Bericht der babilischen Fabrikinspektion werden besonders die verschiedenen Gefahren für die Gesundheit der Bijouteriearbeiter behandelt. Dabei wird in der Einleitung der Darstellung die Notwendigkeit betont, die Arbeiter nicht nur gegen Schädigungen, die aus dem eigenen Betrieb stammen, zu schützen, sondern auch gegen solche, die von benachbarten Betrieben herrühren. Merkwürdigerweise sind Klagen über Schädigungen der letzteren Art erst in letzter Zeit hauptsächlich im Jahre 1907, geltend gemacht worden, obwohl es sich um Zustände handelt, die vielfach schon seit Jahrzehnten in unveränderter Weise bestehen. Es handelt sich in der Hauptsache um Säuredämpfe, die aus einem Betrieb ordnungsgemäß nach oben abgeleitet, infolge ihrer Schwere sinken und durch die Fenster in die Nachbarhäuser dringen. Warum die Klagen über derartige Belästigungen erst in neuester Zeit so zahlreich auftreten, läßt sich nur vermuten. Die Fabrikinspektion weist einen Teil der ununter-dücker werdenden Behausung und der erheblichen Steigerung der Produktion zu, vielleicht auch einem besonders gesteigerten Bedarf an Artikeln, die mit Säure zu behandeln sind. Dazu mag noch kommen, daß auf die vollkommene Ableitung der Säuredämpfe an den Entfugungsstellen immer größerer Wert gelegt wird und daß, falls der im Revisionsdienst gewonnene Allgemeinindruck nicht trügt, die Arbeiter mehr als früher auf offene Fenster halten. „Von den Beteiligten selbst wird die Reaktion gegen diese Belästigungen hauptsächlich auf die immer mehr erstarkende Organisation der Arbeiter zurückgeführt. Während früher die Fabrikanten aus freundschaftlicher Gefinnung schwiegen und die Arbeiter sich gleichgültig in das für unvermeidlich gehaltene fügten, fordern diese jetzt die Beseitigung der in der Tat vorhandenen Mängel von ihren Unternehmern und diese nehmen den Schutz der Polizeibehörden gegen die vom Nachbar kommenden Belästigungen in Anspruch.“ Man ersieht hieraus wieder einmal den guten und gegenständlichen Einfluß der Organisation, ihre aufklärende und kultur-fördernde Bedeutung für die Arbeiter insbesondere und die Gesamtheit im allgemeinen, für die sie sich im Ausbau der öffentlichen Gesundheitspflege geltend macht.

In technischer Beziehung wird das Problem als ebenso schwierig wie interessant bezeichnet, weil die unter normalen Verhältnissen ausreichende Ableitung der Dämpfe hier zur Ursache der Belästigung wird. Es sind im wesentlichen vier Arbeitsprozesse, die zu Belästigungen führen: 1. Das Zulaufschmelzen. 2. Das Weizen oder Gelbbrennen unedler Metalle. 3. Das Auspressen und 4. Das Goldfärben.

Zula ist eine aus wenig edlem, viel unedlem Metall und Schwefel bestehende Komposition, die auf Silbermetallen aufgebracht, wie schwarzes Email aussieht. Beim Legieren dieser Masse werden große Mengen Schwefel verbrannt; das Verbrennungsprodukt, die schwefelige Säure, entweicht durch den Schornstein von Zula ist ohne große Betriebsanordnungen möglich, da man nichts als einen kleinen Schmelzofen braucht. Sie wird daher von „ganz kleinen Leuten“ betrieben und man erfährt von einer derartigen Anlage in der Regel erst durch die Beschwerden der Nachbarschaft. Zur Abhilfe wird die Erhöhung des Schornsteins angeordnet; aber der „Fabrikant“ zieht aus und an der neuen Betriebsstätte beginnen die alten Klagen. „Abhilfe ist da nicht zu schaffen.“ In einem Falle hat der Besitzer seinen Betrieb in eine Landgemeinde verlegt, in einem anderen Falle die Herstellung von Zula ausgegeben. Glücklicherweise ist der Zulabedarf nicht sehr groß, so daß in einzelnen Betrieben nur in jeder Woche oder in noch längeren Abständen einmal geschmolzen werden muß. „Hier kann auf die Bitterung, Windrichtung und dergleichen Rücksicht genommen werden, so daß man sich mit den nur gelegentlich und nicht sehr stark auftretenden Belästigungen abfinden kann.“

verabscheut und im letzten Grunde auch in der Kunst und in der Kunstfreude mitwirkt.

Das mächtige Übergewicht, das vor allem die Ingenieurkunst und die Verkehrstechnik in dem öffentlichen Interesse erlangt haben, erklärt sich zum großen Teil daraus, daß auf diesen Gebieten fortwährend geistig gearbeitet und um den Fortschritt gerungen wurde. Die Stellmacher oder Wagenbauer, die Fahrradtechniker, die Bootbauer, die Maschineningenieure, die Automobilfabrikanten, die Schiffskonstruktoren, sie haben alle geistig gearbeitet, was sich in dem gleichen Umfang hinsichtlich der Architektur nicht sagen läßt. Es ist wesentlich bequemer, überlieferte stützliche Motive spielerisch anzuordnen, als das Leben in so intensiver Weise nach seinen unerschöpflichen Bedürfnissen zu befragen, wie es durch die moderne Technik geschieht, die das menschliche Dasein tatsächlich durch eine große Zahl wunder-voller Organismen reicher gemacht hat. Die Technik hat nicht nur unsere Erkenntnisse, sondern auch unsere Fähigkeiten, kurz den menschlichen Machtbereich erweitert und uns Kräfte gegeben, die noch vor fünfzig Jahren Märchenträume waren.

Hier also, auf dem technischen Gebiet, liegen die Keime einer neuen Architektur. Denn, um was es sich in der Technik im letzten Grunde handelt, das ist die Herstellung von Kontakten mit der Natur außerhalb uns, die Erweiterung des Machtbereiches unserer Organe und Nerven. Unsere Stämme und unser Arm wollen über den Ocean reichen, wir wollen Länder verbinden, räumliche und zeitliche Entfernungen verkürzen, durch das Kabel, den Schmelldampfer, die Kraftfahrzeuge, durch mannigfache Verkehrsrichtungen, durch Schienen, Brücken, Tunnelbauten, durch Organismen aller Art, deren Form aus der Notwendigkeit und der sachlichen Bestimmung hervorgeht, durch keinerlei vorgefaßten Stützgriff aus der Vergangenheit be-lastet. Hier also ist Leben. Ein neuer Begriff der Raum- und Formgebung entsteht, ein neuer Architekturbegriff, ein neuer Schöpfungsbegriff.

nissen Rechnung tragend. In groben Umrissen angedeutet, vereinigen sich im Automobil drei bekannte, selbständige Formen zu einem neuen Gebilde, der Wagenbau mit seinem formalen Wesen, das Prinzip der Kettenübertragung des Fahrrades und die Dynamik des Motors als willkommener Ersatz animalischer Muskelarbeit. Die hochentwickelte Eradition des Wagenbaus kommt dem Automobil in architektonischer Hinsicht ungeheuer zu nützen. Auf dieser Grundlage war es möglich, daß das Automobil in wenigen Jahren seine Form aus-bildete, die heute schon als einwandfrei gelten kann. Hier sehen wir wieder, wie die formalästhetische Ausbildung genau wie bei allen anderen Verkehrsrichtungen sich aus sachlichen Notwendigkeiten ergibt. Die ersten Automobile machten noch den unbefriedigenden Ein-druck von Wagen, denen die Pferde ausgespannt worden. Bald aber gewann das Kraftfahrzeug die Form, zu der es sich im Interesse der Schnelligkeit und zur Überwindung der Luftdruckwiderstände aus-wachsen mußte, indem sich der Motor in einem schmalen vorderen Bau hinaushob und das Ganze die Form der schnellen Bewegungs-körper, wie des Vogels, des Fisches und der Schiffe bekam. Auch die Luftschiffe müssen sich notgedrungen zu ähnlichen Formen aus-bauen, die aus Notwendigkeit entstanden, durchaus ästhetisch emp-funden werden können. Das Problem des lenkbaren Luftschiffes ist formal der Lösung ziemlich nahe; zur effektiven Durchführung fehlt nichts, als daß der Motor in der Luft leicht genug sei, um nicht zum Nutzriem in einem zu engen Mißverhältnis zu stehen. Die Analogie mit dem Vogelbau ist ganz leicht zu finden, wenn wir etwa die Wölbung beobachten, die von der Nordsee an der Wasserstraße bis hierher an das Dresdener Elbgebirge streichen, oder die auf einem anderen Wege die Wasserlandschaften der Donau beleben. In der heutigen Form erweist das Automobil nicht mehr die störende Emp-findung, daß eine Vorspannung fehle. Hierzu kommt noch der nicht zu unterschätzende Gewinn des in der ganzen Verkehrstechnik ent-wickelten Erfordernisses der Gebiegenheit in Material und Arbeit.

Der Chassis (das Untergestell) des Automobils, auf dem der Motor und das Gehäuse ruht, muß von ganz außerordentlicher Beschaffenheit sein und die Anforderungen, die in dieser Beziehung an die Stahlindustrie gestellt werden, sind ganz enorm. Das hat sein gutes, wenn man die wirtschaftliche Tragweite bedenkt, die die qualifizierte Arbeit für die beteiligte Arbeiterchaft enthält. Schwindindustrie mit ihren demokratisierenden Folgen ist hier absolut ausgeschlossen.

Der Bau der modernen Schnellzuglokomotive ist von den gleichen formalen Rücksichten bestimmt. In der Nürnberg Ausstellung von 1906 stand eine massige Schnellzuglokomotive, in die sich nicht nur Technik, sondern auch die künstlerisch geschulten Arbeiter ver-lieben mußten. Sie war für Geschwindigkeiten bis zu 150 Kilometer pro Stunde gebaut, weshalb der Führerstand die Rauchkammertür und die Verkleidungen vom Dom und von dem außen liegenden Zyklinder als Windschneiden ausgebildet waren. Ihr Profil gleich am Vorderende der Brüstung eines Vogels. Man könnte auch an den zum Flüßlich eingerichteten Bau eines Schiffes oder eines Fisch-kopfes denken. Sie war augenscheinlich zum Fliegen, wenn auch auf ebener Fläche, bestimmt. Ihre Bestimmung war so sinnfällig, daß es zu ihrer Schönheit nichts mehr bedurfte. Der Weg von der Empireform der ersten Lokomotive zur vollendeten Sachlichkeitsform von heute kennzeichnet eine Entwicklung, bei der wir nur gewonnen haben. Auf diese Art haben sich in unserer Zeit neue Schöpfungsbegriffe entwickelt, die wesentlich aus der Vorstellung harmonischer Sachlichkeit und Zweckmäßigkeit entspringen. Wir können unmöglich einen noch so geschmackten Gegenstand schon heißen, wenn er seine Zweckmäßigkeit verfehlt oder unvollkommen ausdrückt. Dagegen wirkt der Ausdruck der Wahrheithaftigkeit und der Gebiegenheit immer wohlthuend, und je vollkommener und reiner dieser Ausdruck ist, desto befriedigter wird unser Schöpfungsimpuls sein. Es spricht dabei vielfach ein ethischer Grundsat mit, der die Sage und Märchenbe-

Das Salzen oder Galvanisieren anderer Metalle hat bei der Verfertigung im Freien unter den Nachbarn ebenbürtig zu sein. Hierbei geht es nach dem Prinzip von Galvanischen Zellen, namentlich von Zellen durch Elektrolyse in Säuren. Diese Zellen werden selten aufgeführt, die verwendeten Säuren sind nicht sehr stark und vor allem nicht warm. Wenn die Zellen unter Umständen vorgenommen werden, die an ein gut leitendes Material angeschlossen sind, kommen Unfälle nicht vor.

Weiter das Ausfressen. Um dünne Gold- oder Silberdrähte zu Netzen oder dergleichen verarbeiten oder um hohe Körner, zum Beispiel feingelbes Kupfer, herzustellen zu können, werden sie mit einem Korn von unedlem Metall (Wissen, auch Messing oder Kupfer) ausgefüllt. Diese Füllung muß aus dem gelohnten Metall entfernt, mit Säure ausgefressen werden. Hier handelt es sich um einen sehr häufig vorkommenden Prozeß, der unter starker Einwirkung schädlicher Dämpfe vor sich geht. Da das in das Säurebad eingesetzte Material sich selbst überlassen werden kann, hat man sich bisher damit begnügt, vorzuschreiben, daß das Ausfressen in besonderen Räumen und unter gut wirkenden Dunstfahnen vorgenommen werden muß. Der Verfallung der Nachbarschaft kann aber nur durch Kondensation der Dämpfe vorgebeugt werden. Zu diesem Zwecke hat die Internationalen P. und J. Geing in Florheim einen Apparat konstruiert und sich schützen lassen, der in einer Fabrik für feingelbes Kupfer zum erstenmal aufgestellt worden ist und sich zu bewähren scheint. Das Gold mit Säure wird in einem allseitig dicht verschließbaren Gefäß unter einem in den Rosten aufgehängten, den oberen Gefäßrand allseitig weit überragenden Bleibedel aufgestellt. Über dem Bleibedel und durch diesen vor dem Angriff der Säuredämpfe geschützt, sitzt eine Körtlingische Düse, durch die kein verteiltes Wasser in den Rosten gepreßt wird. Die am Rande des Bleibedels hochsteigenden Dämpfe werden von dem ihnen entgegenkommenden Wasser kondensiert; das Wasser mit der Säure läuft unten aus dem Rosten ab. Die Wirksamkeit des Apparats ist gut, aber die Haltbarkeit liegen Erfahrungen noch nicht vor; in der Anwendbarkeit ist er deshalb beschränkt, weil der in dem Rosten sich abwickelnde Prozeß nicht beobachtet werden kann und ein Öffnen des Rastens, solange der Prozeß im Gange ist, wegen der dann sehr heftig austretenden Dämpfe nicht möglich ist.

Nun endlich das Goldfärben. Die zurzeit so sehr beliebte mattgelbe Farbe des Goldes wird dadurch erzeugt, daß die Schmuckwaren in konzentrierter Salpeter- und Schwefelsäure gelocht werden. Das Goldfärben erfordert große Übung und Sorgfalt und wird daher meistens von selbständigen kleinen Gewerbetreibenden, den Goldfärbern oder von den Rabinetteilern (Betriebsleitern) der größeren Fabriken besorgt. Diese Leute haben sich von jeher bemüht, ihre Einrichtungen so zu treffen, daß sie von den Säuredämpfen möglichst wenig belästigt werden; man hat sich daher auch in diesen Betrieben darauf beschränken können, das Färben im allgemeinen Arbeitsraum zu verbieten. Jetzt liegt auch hier die Notwendigkeit vor, die Säuredämpfe nicht nur abzuleiten, sondern auch zu beseitigen. Die Anwendung des oben beschriebenen Rastens ist nicht möglich, weil die Säure erhöht werden muß und weil die zu färbenden Gegenstände während des Prozesses beobachtet werden müssen. Es handelt sich also darum, die Dämpfe zunächst am Gefäßrand abzusaugen, um den Goldfärber zu schützen und dann niederzuschlagen, damit die Nachbarschaft unbehelligt bleibt. Der ersten Anforderung allein genügt, wie die Erfahrung lehrt, ein gutes Kamin, nötigenfalls mit einer darin brennenden Sodflamme, vollkommen. Die zweite Forderung kann, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, nur dadurch befriedigt werden, daß man die Dämpfe mit künstlichem Zug irgendwo durch Wasser jagt. Es sind zurzeit zwei Systeme auf vorgeschriebenen Wegen dabei, dieses Prinzip einzuführen. In dem einen Falle sollen die Dämpfe durch ein langes Labyrinth gefogen werden, in das von oben durch eine Düse Wasser eintritt; in dem anderen Falle besteht die Vorrichtung, die Dämpfe im Schaustopf mit zerstäubtem Wasser zu vermischen. Es muß sich noch zeigen, ob die Versuche zu brauchbaren Ergebnissen führen.

Auch über Abfänge und zweckdienliche hygienische Einrichtungen in anderen Betrieben wird berichtet. So erzählt man, daß zur Ableitung der in der Selbstgießerei entstehenden Zinnoxid-Dämpfe in sehr vollkommener Weise durch ein äußerst einfaches Hilfsmittel in Bergmanns Industriezeitschrift in Gagegama Abfänge geschaffen worden ist. Nicht neben der Feuerungsgrube, in der der Schmelzofen in üblicher Weise auf Kohlenfeuer steht, ist ein gut ziehender Schornstein mit einer dem Ziegel zugewandten und wenig über dessen oberen Rand liegenden Öffnung erstellt worden. Die Saugwirkung dieses Schornsteins ist so groß, daß beim Öffnen des Schmelzofens, also in dem Augenblick, in dem sonst regelmäßig die weißen Schwaden freisetzt in die Höhe steigen, alle Dämpfe zeitlich abgezogen werden. In der Tat steht in dem — übrigens nicht sehr großen — Betrieb der für Selbstgießerei typische weiße Nebel an Decke und Wänden vollständig, bemerkt die Fabrikinspektion dazu.

In einer kleinen Schmelzgrube wurde ein Fall von chronischer Bleivergiftung angetroffen, wobei es sich um den Betriebsleiter selbst handelte und wobei jener festgestellt wurde, daß schon sein Vater an der gleichen Vergiftung erkrankt war. Gerade Arbeiter in diesem Betriebe nicht beschäftigt. Besonders ist der Mangel der Schutzkleidung infolge der Einwirkung und Verunreinigung der Gewandstücke.

In einem Metallgewerbe des bayerischen Oberlandes erkrankten der Betriebsleiter und vier Arbeiter an Kohlenoxydvergiftung, die durch unvorsichtige, luftschonhaltige Gase, die aus den beiden mit Sauggas betriebenen Maschinen infolge Unachtsamkeit der Arbeiter ausgehoben, verursacht worden war. Und dabei waren im Winter vollständig die Fenster geschlossen! Es wurde die Ursache der Sauggasanlage untersucht und der Betrieb durch eine Vorrichtung abgesperrt. Der Fall gab der Gesundheitsbehörde Anlaß, Sauggas- und Dieselmaschinenanlagen hinsichtlich der Lüftung der Maschinen- und Gasräume besondere Anordnungen zu geben. In verschiedenen Anlagen wurde die Einwirkung von Dämpfen, Rauchgasen, Säuren, Entzündungs- oder giftigen Substanzen zur Vermeidung gemacht. Dasselbe geschieht bei Maschinen, sofern die Räume nicht schon durch ihre Lage und Bauweise für genügende Ventilation geeignet sind. In allen zweckdienlichen Fällen sind der Betrieb nicht gemacht, daß eine vollständige Ventilationseinrichtung eingerichtet ist, selbst bei einseitiger Lüftung genügt nicht.

Es gibt es auch für die Gesundheitspflege immer wieder neue Fälle, auch sie sind nicht neu.

Der 28. Kongreß der amerikanischen Gewerkschaften.

Die nächste Delegiertenversammlung der in der American Federation of Labor vereinigten Gewerkschaften lagte vom 8. bis 12. November in Denver, Colorado. Wie in früheren Jahren, so waren auch diesmal die englischen und französischen Gewerkschaften durch „Lebendige Delegierte“ vertreten, die man begrüßt und reichlich beehrt hat. Das Jahr 1909 wird hauptsächlich zum ersten Male Delegierte der American Federation of Labor auf den europäischen Gewerkschaftskongressen sehen. Denn in dem

Berichte der Exekutive heißt es: „Da die nächste europäische Gewerkschaftskonferenz im September 1909 stattfinden wird und die mit einer Vertretung versehenen Kongresse gering sind (wollt den Delegierten zu dem englischen Gewerkschaftskongress die Vertretung übertragen werden kann), so beschließen wir, daß einer unserer zu dem englischen Kongreß gehenden Vertreter und auch auf der internationalen europäischen Gewerkschaftskonferenz im Jahre 1909 vertritt.“

Nach dem Berichte des Sekretärs betrug die durchschnittliche Mitgliederzahl der American Federation of Labor in dem Berichtsjahr 1908 888. Dies ist gegen das Vorjahr ein Zuwachs von 47018. In den letzten drei Jahren zeigt die Mitgliederzahl wieder eine steigende Linie, ohne aber die Zahl des Jahres 1904, die 1 070 900 betrug, erreicht zu haben. Die Masse verteilt sich auf 116 internationale oder nationale Unionen und 888 lokale Berufsgruppen (für die ein Branchenverband noch nicht besteht). 99 internationale Unionen hatten Berichte eingebracht. Diese führten 861 Strafen, wovon 388 günstig und 108 ungünstig verläuft; 210 wurden durch Vergleich beendet; 99 dauerten zur Zeit der Berichtsschlusse noch fort. An diesen Kämpfen waren 115 028 Mann beteiligt. Nur 71 981 wurden unterstellt. Die Streiks verlangten eine Ausgabe von 2 448 041 \$. 99 Unionen mit Streikgebühren zahlten im Berichtsjahr (1907 bis 1908) 1 257 244 \$ Streikgebühren, 4 Unionen, die Streikgebühren für die Frauen von Mitgliedern liefen, gaben 81 800 \$ für diesen Zweck aus, 21 Unionen mit Krankenkassen zahlten 698 841 \$ an kranke Mitglieder, 4 Unionen unterstützten reisende Kameraden mit 80 098 \$, 11 Unionen verausgabten 205 254 \$ für arbeitslose Angehörige.

Die Einnahme des Kassiers der American Federation of Labor betrug 207 000 \$. Diese Summe ist geringer als die der Jahre 1908, 1904 oder 1906, obwohl in diesem Jahre zweimal eine Extraktsteuer von einem Cent pro Kopf erhoben wurde. Die Ausgabe war 198 000 \$, der Saldo 188 000 \$. Von dieser Summe sind 105 000 \$ in dem Verteilungsfonds (der nur im Interesse der lokalen Berufsgruppen verandt werden darf). Aus diesem Fonds sollen laut Beschluß 50 000 \$ entnommen werden für Errichtung eines Hauptquartiers für die American Federation of Labor in Washington, D. C.

Nun zum Kongreß selbst. Die Hoffnungen der Klassenbewussten Arbeiterchaft begleiteten die Delegierten nach Denver. Sie glaubten erwarten zu dürfen, daß endlich der Unionswagen aus dem harmoniebuseligen, bürgerlichen Treibsand heraus auf solidere Basis gesetzt werde. Denn der Kongreß trat einige Tage nach den allgemeinen Wahlen zusammen, deren Ausgang für die Politik der American Federation of Labor ein Waterloo bedeutete. Das Volkstotum am 3. November hatte die Demokraten, für die das unionistische Offiziösum unaustrücklich animierte, noch weiter hinaus auf Trockene gestellt. Leider war für die in demokratischen Verheißungen und Solbe stehenden Unionsmänner der Ausgang der Wahl so traurig, daß sie nicht einmal einen „moralischen Sieg“ daraus zu machen wagen durften. Kurz, der erste größere Versuch unseres Unionismus auf politischem Gebiete endete mit einem kläglichen Fiasko, mußte nach Lage der Dinge so enden. So erwarteten denn die fortgeschrittenen Arbeiter von dieser trostlosen Niederlage eine Wendung zum Bessern. Diese Erwartungen sind leider auch dieses Mal nicht in Erfüllung gegangen.

Ein amerikanischer Gewerkschaftskongreß kommt in seinem Effekt für die Arbeiterchaft nicht über den eines landläufigen Unionsmeetings hinaus. Hinzu ihm stehen keine treibenden Kräfte. Die Tagesordnung des Kongresses ist kaum in einer lokalen Versammlung bekannt, noch viel weniger wird sie diskutiert. Was auf dem Kongreß verhandelt werden soll, weiß eigentlich niemand; Anträge aus Reich und Glied werden nicht gestellt; die Möglichkeit, die Delegierten zu initiieren, existiert praktisch nicht, weil diese auf den Branchenkongressen für längere Zeit im voraus ernannt werden. Der Labor-Leader wählt sich seinen eigenen Weg durch den bürgerlichen Morast, der simple Unionmann desgleichen. Die Folge ist krasser Mangel an Einheit, Solidarität, Ehrlichkeit und Vertrauen. Diese Dinge sind nur so lange vorhanden, als keine Gelegenheit da ist, sie zu beweisen.

Das Denken und Rollen der Massen der Unionmannschaft ist einfach ein Nihil. Niemand kann sagen, ob sie für die Fortführung der Harmoniepolitik, der Schwanzpolitik und des Antihambrierens ist oder für eine selbständige Arbeiterpolitik, ob sie den politischen Kampf, ihr: Entwürgung durch ihre Führer unterzeichnet oder verdammt. Über den Stand dieser Dinge und noch anderer zu urteilen können nur Propheten wagen. Denn es herrscht darüber nichts weniger als Klarheit. Man sucht vergeblich nach Kalorien, auf den Gewerkschaftskongressen Klarheit zu schaffen, vergeblich nach einem Ringen nach einer höheren Organisationsform, vergeblich nach Willen und Energie, die überall fließenden Konflikte zwischen Theorie und Praxis zum Austrag zu bringen. Alles wurde mit Honig überzogen oder in einem Wolkennebel gegenseitiger Bewunderung ertränkt. Und doch war es wenigstens diesmal dringend geboten, besonders auch der politischen Seite hin, ungewöhnlich Klarheit zu schaffen. Denn das ganze Leben des Unionismus hängt zurzeit maßgebend an einem politischen Jubel. Da hätte einmal ein energischer Anlauf zur Beseitigung der Drangsal des Einheitsbolscheismus gemacht werden müssen, da hätte der Kampf, der den Gewerkschaften im Ausdrucksfeld eröffnet worden war, unterminiert werden müssen, da hätte die Unionsleiter der „Gründe der sogenannten Arbeiter“ beherzigt und für die Zukunft justifiziert werden müssen.

Nichts von alledem. Statt dessen Laufe, die einen Schritt für gegenseitige Bewunderung über machen können, brädelnde Anbiederung allseitiger und schlüssiger Unbefähigkeit und klägliche Ignoranz gegenüber den proletarischen Lebensfragen. Viel wurde über die menschliche Freiheit und Herrlichkeit in diesem herrlichen Lande gesprochen. Natürlich alles abstrakt. Die wirtschaftliche Krise wird in dem Bericht des Präsidenten der American Federation of Labor mit einem Satz überwunden, nämlich: „In unserem Lande sollte das Ansehen und die Erhaltung einer permanenten Armee von Arbeitslosen nicht erlaubt sein.“ Der Verzicht dieser Sprache zeigt die geringe Größe unseres „größten Arbeiterjahres der ganzen Welt“.

Es hätte sich und ignoriert der Bericht gegenüber dem wirtschaftlichen Problem, so unge wozu die ganze Debatte des Kongresses. Sein Ziel wurde erreicht, keine Aktion veranlaßt, kein Beschluß gefaßt, der von Einheit, Energie oder Klugheitsbeweisen geprägt hätte. Dafür wurde aber mit ungeteiltem Eifer und konzentrierter Beharrlichkeit der Versuch gemacht, der, wie die Erfahrung lehrt, unerschütterlich ist in seinem Stoff für Debatte: Die Jurisdiktion (Gewerkschaften, Gewerkschaften z.). Weitens die beste Zeit der vierstündigen Verhandlungen wurde angefüllt mit Streitsigkeiten über Fragen, welchen Rang die Vertretung einer Arbeit „rechtlich“ genießt. Zum Beispiel, ob die Maschinenrie an einem Anhang von den Maschinenführern oder den Aufzugsmännern repariert werden darf. Solche Debatten können hier ohne Schaden übergangen werden, denn der moderne Gewerkschaftler hat keinen Zeit an ihnen.

Die letzte Tage des Kongresses hätten keinen eine — revolutionäre Aktion herbeiführen. Die den Bericht des Präsidenten prüfende Kommission legte dem Kongreß nahe, hinfort, wenn ein Eingriff gegen einen Unionsbeamten erfolgen, auf den Befehl

zu greifen, das Geld für den legalen Streit zu sparen und die Streitigkeiten zu einem, das heißt ins Gefängnis zu geben. Auf der Präsident Kommerz gab die demütigste Erklärung, daß er keine Organisation erlauben werde, die Geldstrafe zu bezahlen, wenn er wegen Nichtzahlung eines richterlichen Beschlusses verurteilt werde; er werde ins Gefängnis gehen.“ Der große Applaus, den diese Erklärung erregte, läßt sich bald auf in blosserem Bedenken. Während ein kleiner Teil der Delegierten für den Beschluß der Kommission eintrat, machte der andere erfolgreich geltend, daß die Nichtzahlung eines richterlichen Beschlusses eigentlich — der Revolution nahekomme. So etwas finde geschicklichen und patriotischen Bürgern, wie sie wären, denn doch (schlecht an. Schließlich wurde in namentlicher Abstimmung der Beschluß mit 11 979 Stimmen gegen 8886 Stimmen unter 375 Enthaltungen abgelehnt.

Daß die Erklärung von Compers, ins Gefängnis zu gehen, nur für Kongreß und Gallerie bestimmt war, ist selbstverständlich. Der „great old man“, wie Compers und seinesgleichen, sind Genossen, speisen in der Civildivision und anderswo mit Viertelmillionären, stellen sich pünktlich zu den Labor Dinners im Weissen Hause ein und sind schlecht für Gefängnisloft veranlagt. Glücklicherweise hatte dieser Bluff nicht die Wirkung, wie der des letzten Kongresses. Im Vorjahr, hatte Compers durch seine Erzählung, er sei ein ehrlicher Mann, er habe sich von dem Agenten der Manufacturers Association nicht bestechen lassen, eine Brüderchaft von revolutionären Sozialisten bis zum konservativsten Unionsmann zustande gebracht, die von dieser Ehrlichkeit herab gerührt wurde, daß der Sozialist Berger den Reigen führte, die eine Gehaltsverhöhung von 8000 \$ für Compers beantragten und dabei Einigkeit buchen konnten.

Die sozialistischen Delegierten — es waren ihrer vierzehn — hatten dieses Jahr eine geschicktere Hand in der Erfüllung ihrer, auf einem amerikanischen Gewerkschaftskongreß unanbatharen Aufgabe. Im allgemeinen beschränkten sie sich auf die Darlegung und Behauptung der Grundprinzipien der Gewerkschaftsbewegung. Im besonderen forderten sie Beweise für die von Compers im offiziellen Organ der Föderation gemachten Behauptungen, die sozialistische Partei würde von den amerikanischen Rühmännern finanziert. Sie verlangten, daß der Kongreß eine Kommission ernähle, die innerhalb 60 Tagen die Bücher der sozialistischen Partei prüfe und die an leitender Stelle im offiziellen Organ der Föderation gemachten Behauptungen richtigstelle; und ferner, daß die Exekutive der American Federation of Labor innerhalb 90 Tagen alle für ihre politischen Kampagnen gemachten Geldeinläufe und deren Geber zusammen mit den Ausgaben, Büchern zc. aller Personen publiziere, die unter der Leitung des Arbeiter-Repräsentativ-Komitees der American Federation of Labor während der Wahlbewegung (für die Demokraten natürlich) tätig gewesen sind.“

Die Zurücknahme dieses Reiches suchten die Freunde von Compers durch folgendes Amendement zu erzwingen: „Noch ehe sich der Kongreß mit jenem Antrag beschäftigt, wird von den Antragstellern verlangt zu erklären, ob sie gewillt sind, sich für die Wahrheit und Genauigkeit der Artikel zu verbürgen, die in sozialistischen Zeitungen über Beamte der American Federation of Labor publiziert worden sind und ob sie dieselben gutheißen oder nicht.“

Dieses Amendement wurde von der gewissenbelasteten Mehrheit schleunigst akzeptiert. Die Sozialisten verlangten zur Erläuterung die rechtmäßige Redezeit von zehn Minuten. Compers erklärte, diesmal die Philosophie des Sozialismus nicht zu diskutieren, ob dieser ein Traum oder ein drückender Alp sei. Schließlich verfiel die ganze Angelegenheit unter einer unendlichen Geschäftsordnungsdebatte. Daß der Antrag der sozialistischen Delegierten abgelehnt wurde, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden.

Die bisherige Leitung der American Federation of Labor wurde wiedergewählt, mit Ausnahme des Vertreters der Longshoremen, Reese, der auf eine Wiederwahl verzichtete, weil seine zweideutige Stellungnahme während der Wahlkampagne Kritiken hervorgerufen hatte. Dieser Reese hat für seine Dienste für die republikanische Partei die Silberlinge prompt erhalten. Er wurde mit dem Pöfchen eines Einwanderungskommissärs beglückt, das ihm jährlich 42 000 \$ einbringt.

Ein kommunales Jahrbuch.

Im Verlag von Gustav Fischer in Jena erschien im Oktober vorigen Jahres ein umfangreiches Werk, betitelt Kommunales Jahrbuch, herausgegeben von Dr. J. Lindemann und Dr. A. Südekum. Erster Jahrgang 1908. (Preis ungebunden 14 M., gebunden 15 M.) Dieses Werk hat nicht nur eine hervorragende wissenschaftliche Bedeutung, sondern auch hohen Wert für den kommunalen Praktiker. Das Leben der deutschen Städte ist so ungewohnt vielfältig, ihre Wirtschaft, Arbeiter-, Bildungs-, Wohlfahrts- und Finanzpolitik ist so überaus mannigfaltig, daß es dem, der sich auf diesem Gebiete einen umfassenderen Überblick verschaffen wollte, bisher überaus schwer war, einen solchen zu gewinnen. Die beiden Herausgeber, die den Lesern unseres Blattes zum großen Teil sehr wohl bekannt sind (der eine als Verfasser des berühmten Werkes über Municipalsozialismus in England und anderer, die deutschen Städte betreffender Werke, der andere als Gründer der kommunalen Praxis), haben den Plan gefaßt, alljährlich die Vorkommnisse auf kommunalem Gebiete während eines Jahreszeitraumes teils in systematischer Darstellung zusammenfassend zu schildern (erster Teil), teils die Städte über 5000 Einwohner nach alphabetischer Ordnung mit ihren Einrichtungen zusammenzustellen (zweiter Teil). Den ersten Versuch zur Verwirklichung dieses großzügigen Planes haben sie nunmehr veröffentlicht, und es muß anerkannt werden, daß sie etwas hervorragend Brauchbares, wenn auch noch nicht völlig vollkommenes geboten haben.

Es liegt ja auf der Hand, daß etwas völlig Vollkommenes, besonders in bezug auf den zweiten Teil des Werkes, nur zu ermöglichen ist, wenn die deutschen Städteverwaltungen selber sich die kleine Mühe nicht verdrücken lassen, möglichst vollständige und genaue Angaben über die bei ihnen vorhandenen Einrichtungen zu machen. Das haben nicht alle getan. Besonders bei einer Anzahl von Städten über 3000 Einwohner fällt es auf, daß die betreffenden Notizen des zweiten Teiles erheblich lürzer oder dürftiger ausgefallen sind als die anderer Orte. Städte wie Bamern, Essen, Stuttgart u. s. w. sind mit sehr eingehenden Angaben versehen, dagegen Aachen, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt u. s. w. mit erheblich knapperen. Letzgenannte Stadt ist sogar mit einem Stern versehen, was laut Vorwort bedeutet, daß die Verwaltung eines Ortes, der auf diese Weise „ausgezeichnet“ worden ist, überhaupt in keiner Weise auf die Fragen und Bitten der Herausgeber um Auskunft eingegangen ist, was denn ja dem Geist, der dort an maßgebender Stelle herrscht, in eine eigenartige Felsenwandung taucht. Städtische Bureaufüraten können eben oft ebenso feindselig sein, wie staatliche. Diesem Umstande sind denn auch gewiß in erster Linie städtische Unvollkommenheiten des zweiten Teiles zur Last zu legen. Zu bemerken ist noch besonders, daß bei allen Städten auch die Personalien der leitenden Beamten und der Gemeindevertreter angegeben sind, dadurch wird die praktische Brauchbarkeit dieses Teiles

* Am 23. Dezember sind Compers, Mitchell und Morrison, alle drei Beamte der American Federation of Labor, zu 12, 10 und 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil sie einen richterlichen (Einhaltungs-)Beschl. unterschrieben haben. Wenn nötig, werde ich über diese neue Gewalttat eines amerikanischen Richters ausführlich berichten. G.H.

nach wesentlich erhöht. Auch die sogenannten Arbeiter oder ihre Vertreter haben oft Unzufriedenheit, sich mit städtischen Behörden in Verbindung zu setzen.

Jeder denkende Arbeiter ist daran interessiert, welche einen Kurs die städtischen Verwaltungen kreuzen, ob ihre Politik zu den verschiedenen Gebieten mehr in sozial fortgeschrittenem Geiste geführt wird oder sich in reaktionärem Jahresschritt bewegt. Wie oft sind die Arbeiter in den Zeiten von Kalamitäten der heutigen Wirtschaftsgewandlung gezwungen, sich an Stadtverwaltungen zu wenden, um für die Arbeiterbevölkerung gewisse Erleichterungen zu verlangen. Denken wir an die Fürsorge für die Arbeitslosen, an die Notwendigkeit, die Wohnungsnot, die Teuerung von Brot und Fleisch zu bekämpfen, die Gesundheitsverhältnisse zu bessern, das Volksschulwesen zweckmäßig auszugestalten, Hilfs- und Waldschulen etc., denken wir ferner an die Notwendigkeit, das Armenwesen unter Heranziehung von Arbeitervertretern vernünftig auszugestalten, so sehen wir aus, dass auch für unsere Kreise ein Werk vorhanden sein muss, aus dem man sich in möglicher Kürze und doch erschöpfend zu orientieren vermag über den gegenwärtigen Stand der Dinge nicht minder als über die Wege, die die Entwicklung demnächst am besten gehen dürfte, damit das Wohl der Gesamtheit befördert werde, und nicht nur einige städtische Eliten den Vorteil städtischen Lebens zu genießen imstande sind. Das kommunale Jahrbuch erfüllt in der Darstellung seines ersten Teiles nach allen Seiten hin die Anforderungen, die man von ihm billigerweise bei seinem ersten Erscheinen erwarten kann. Die Kapitel fürsorge für die Ernährung, Bekämpfung der Krankheiten, Städtebau und Wohnungswesen, Volks-, Mittel-, Fortbildungsschulen, Schulgesundheitspflege, allgemeine und spezielle Arbeiterpolitik, Wirtschaftspflege (mit umfangreichen Tabellen), Finanz-, Steuer- und Armenwesen sind reich an Inhalt und so übersichtlich wie möglich.

Eine in so weitgehendem Maße vollständige Erfassung und einheitliche Darstellung des gewaltigen Stoffes, um den es sich hier handelt, bedeutet auch wissenschaftlich eine ansehnliche Leistung, um so mehr, als die Herausgeber die gesamte Darstellung auch unter die Herrschaft einer leitenden Idee gestellt und diese überall wirksam in den Mittelpunkt des Ganzen, wenn auch ohne jede gesuchte Forcierung, zu stellen wissen. Die Idee, von der auch ihr sonstiges Wirken auf dem Gebiete der Kommunalpolitik durchdrungen ist: einen von Reform zu Reform schreitenden Gemeindefortschritt zum Durchbruch und zur allseitigen Betätigung zu bringen. Und nicht zuletzt um dieses Umstandes willen sollten die quantifizierten Arbeiter sich mit dem kommunalen Jahrbuch beschäftigen. Ist es für den einzelnen Arbeiter auch in der Regel zu teuer, so sollte das Werk doch nicht in den Arbeiterbibliotheken und in den Büros der Organisationen fehlen.

Mannheim.

Die Beendigung des Streiks im Strelchwerk bildete den Gegenstand der Erörterung in drei Mitgliederversammlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die am 9. und 10. Januar in Frankfurt, Mannheim und Ludwigshafen stattfanden. Da uns Berichte über diese Versammlungen nicht zugegangen sind, berichten wir kurz zusammenfassend nach der Parteipresse des dortigen Industriegebietes. Die Versammlung in Frankfurt am 9. Januar abends nahm nach dem Bericht der Pfälzischen Post einen ruhigen Verlauf. Kollege Vorhöfner legte dar, dass es unter den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht möglich war, mehr herauszuschlagen. Die Auslieferung würde uns aber großen Schaden gebracht haben. In der Diskussion waren die meisten Redner der Meinung, der Vorstand habe nicht richtig gehandelt. Andere betonten, dass die Verbandsleitung ihre Pflicht und Schuldigkeit getan habe. Kollege Massatsch gab der Überzeugung Ausdruck, dass man dem Vorstand, wenn er anders gehandelt, später unzweifelhaft Vorwürfe, bittere Vorwürfe gemacht haben würde. Den Beiträgen, dem Vorstand das Entscheidende bei Streiks einzuschranken, werde die Generalversammlung sicher nicht entsprechen, sie werde dem Vorstand bei richtiger Ermägung der Verhältnisse kein Misstrauensvotum erteilen. — Die Versammlung fasste keinen Beschluss, sie ließ es bei der Aussprache bewenden.

In Mannheim fand die Versammlung am 10. Januar vor-mittags statt, sie war nach der Mannheimer Volksstimme von circa 2000 Personen besucht. Da die Ortsverwaltung es ablehnte, die Versammlung zu leiten, wurde ein Bureau eingesetzt. Nach einer Erklärung der Ortsverwaltung, dass sie mit der Art des Abbruchs des Kampfes nicht einverstanden sei, erhielt Kollege Massatsch das Wort. Die Mannheimer Volksstimme schreibt nun:

Hierauf versuchte als Vertreter des Hauptvorstandes der Kollege Massatsch der Versammlung nochmals auseinanderzusetzen, warum der Hauptvorstand den Streik beenden musste. Wir sagen „versuchte“, denn der Redner konnte keinen Satz sprechen, ohne unterbrochen zu werden. Der Hauptvorstand, so führte Massatsch aus, habe ja seinen Standpunkt schon in dem Flugblatt am Tage der Beendigung des Streiks klargestellt. Der Erklärung der hiesigen Ortsverwaltung müsse er entgegenzutreten. In solcher Situation habe der Vorstand nicht nur im Interesse der Metallarbeiterchaft von Mannheim-Ludwigshafen-Frankenthal gehandelt, sondern im Interesse der Metallarbeiter von ganz Deutschland. Der Hauptvorstand werde und müsse auf der Generalversammlung in Hamburg über sein Tun Rechenschaft geben. Er bittet die Kollegen zu bedenken, dass auch die Gesamtarbeiterchaft an der Stellungnahme der hiesigen Kollegen ein Interesse habe. — Als trotz häufiger Ermahnungen seitens des Vorsitzenden die lärmenden Unterbrechungen nicht nachlassen, verlässt Massatsch das Rednerpult.

In der Diskussion wurde unter anderem ausgeführt, wenn der Streik durchgeführt worden wäre, hätten die Unternehmer einen Schlag erhalten wie noch nie. Das Statut gebe dem Vorstand kein Recht, den Streik auf diese Weise abzumürgen. Es sei endlich Zeit aufzustehen und den Delegierten auf der Generalversammlung den Standpunkt klarzulegen. Die Abmachungen im Strelchwerk hätten nichts Genaues gebracht; wenn man wie in diesem Falle vor jeder Androhung der Auslieferung juristisch spreche, so brauche man überhaupt nicht mehr zu fürchten. Der Beschluss des Hauptvorstandes habe die ganze Gewerkschaftsbewegung geschädigt. Eine Urabstimmung wäre das richtige gewesen. Auch solche Kämpfe, die keine Aussicht auf einen Erfolg verbürgten, müssten eventuell manchmal durchgeführt werden. Auf die Unternehmer Rücksicht zu nehmen hätten wir keine Ursache. Die heutige Versammlung zeige endlich einmal ein Stückchen Demokratie. Ein Redner stellte die Behauptung auf, es sei schon am Vormittag vor Beendigung des Streiks ein Schriftstück unterzeichnet worden, das den Streik beende. Dies wurde von Vorhöfner als Schwundel bezeichnet. Erst am 24. Dezember habe man die Sache unterschrieben. Er protestierte dagegen, dass man hier ein Urteil fälle, ohne die Angeklagten anzuhören, ein jeder Bedrucker habe vor Gericht volle Redefreiheit. Nach Annahme eines Schlussantrags wurde folgende Resolution mit übergroßer Mehrheit angenommen:

„Die am 10. Januar 1909 im „Saalbau“ tagende, von circa 2000 Mitgliedern besuchte Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, hiesige Mannheimer, kam sich mit den Ausführungen des Referenten Massatsch nicht einverstanden erklären. Sie protestiert vielmehr auf das entschiedenste gegen die Politik und Ver-gewaltigung seitens der Beamten des Metallarbeiter-Verbandes bei Beendigung des Streiks in den Strelchwerken. Die Versammlung betrachtet das Abkommen der Strelchwerke betreffs der Abford-erung als eine sehr zweifelhafte Garantie zur Herbeiführung des Friedens zwischen Arbeitern und Firma dieses Werkes, wofür der Beweis durch Brown, Boveri u. S. genügen erbracht ist, trotz aller Beschönigung der Verbandsbeamten und des Oberbürgermeisters.“

Die Versammlung ist der Ansicht, dass die Verbandsleitung durch die fahrlässige Beendigung des Streiks nicht die Verantwortlichkeit zu übernehmen habe, die eine organisierte Arbeiterchaft ihrem Gegner, dem Unternehmer, als Lastenverpflichtung Kampfesorganisation entgegenzusetzen hat. Durch dieses Vorgehen sowie durch das jetzige Vorgehen in der Öffentlichkeit und in der Presse wurde die mehr das Unrechtvertrauen darin bekräftigt, bei jeder ihm passenden Gelegenheit ins Kampfergebnis mit Erfolg anzugehen.

Bezüglich der Form der Beendigung des Kampfes bezeichnet es die Versammlung als einen ständischen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder, als einen Verstoß gegen das Verbandsstatut und als eine Verletzung der Vertrauensleute und der Ortsverwaltung, die in einer so wichtigen Sache vollständig übergegangen wurden. In dem dadurch eine große Anzahl von Verbandsmitgliedern förmlich aus der Organisation hinausgedrückt wurden, sowie die Freundschaft einer langjährigen Tätigkeit der Vertrauensleute mit einem Schlag vernichtet wurden, bedeutet dies eine Schädigung der Verbandsinteressen.

Auf diesen Gründen erklärt die Versammlung, zu den in Betracht kommenden Jahren kein Vertrauen mehr zu besitzen und ist insolgedessen gezwungen, im Interesse der Mitgliedschaft von dem Rechte der Kündigung ihres Lokalbeamten Chr. Schneider Gebrauch zu machen. Die Versammlung bedauert es, laut Statut kein Mittel in den Händen zu haben, um auf dieselbe Art gegen Vorhöfner und Massatsch vorzugehen, erwartet aber, baldigt in einer Bezirkskonferenz zu dieser Sache Stellung nehmen zu können.

Die Versammlung verpflichtet, auf die Hamburger Generalversammlung nur solche Vertreter zu entsenden, die willens sind, solche Auswüchse ernsthaft zu bekämpfen. An die Kollegen appelliert die Versammlung dringend, an dem Ausbau der Organisation regen Anteil zu nehmen, um dem Unternehmertum eine geschlossene, aber auch kampfesreudige Macht entgegenstellen zu können.

Dazu wurde noch ein Zusatz angenommen, die Resolution in der Metallarbeiter-Zeitung, der Mannheimer Volksstimme und der Pfälzischen Post zu veröffentlichen. Wir haben dem Wunsche der Versammlung entsprochen, obwohl uns das Bureau die Resolution nicht eingesandt hat.

In der Versammlung in Ludwigshafen a. Rh. am 10. Januar nachmittags gab Kollege Massatsch seinem Beginn die Erklärung ab, dass er und Vorhöfner nach den ehrenrührigen Vorwürfen, die am Vormittag in Mannheim gegen sie erhoben worden seien, nicht referieren könnten. Darauf brach ein ungeheurer Tumult los. Nachdem wieder Ruhe eingetreten war, wurde ein Bureau gewählt und die Diskussion eröffnet, in der die Verbandsleitung und die Ortsverwaltung mit äußerster Heftigkeit und persönlichen Angriffen bedacht wurden. Das Resultat der Versammlung war die Annahme folgender Resolution:

„Die Versammlung ist nach den Darlegungen der Kollegen der Strelchwerke der Meinung, dass in Anbetracht der durch die Beilegung des Ausstandes eingetretenen sehr bedauerlichen Differenzen zwischen den Kollegen und der Streikleitung eine genaue Aufklärung notwendig ist. Die Versammlung stimmt deshalb der Anregung zu, daß ein Schiedsgericht zur Beurteilung der Sachlage eingesetzt wird.“

In den drei Versammlungen spielte die Hauptrolle mit eine Depesche, die am 23. Dezember von dem Kollegen Köllner in Dresden nach Mannheim gesandt worden war. Die Depesche besagte, daß in Bischofsverda Streitarbeit gemacht werde, die Arbeit würde dort bis und fertig gemacht. Dahinter wird nun alles Mögliche vermutet. Tatsache ist, daß in Bischofsverda Armaturen für die Strelchwerke hergestellt werden. Die Bischofsverdaer Firma hat aber auch das Pariser Lager des Strelchwerkes übernommen. Dadurch, daß sie die in diesem Lager befindlichen Kessel mit den nötigen Armaturen versah, wurde sie in den Stand gesetzt, die Kessel zu liefern, was also der Lieferung von Streitarbeit vollständig gleichkommt. Es ist also erklärlich, daß der Kollege Köllner sich veranlaßt sah, sein — auch als Fälschung bezeichnetes — Telegramm abzusenden. Die Depesche hatte aber auf die Entschleunigung des Vorstandes schon deshalb keinen Einfluß, weil der Beschluß zur Aufhebung des Streiks bereits am 22. Dezember gefaßt worden war. Das ist auch von Massatsch in der Versammlung am 23. Dezember erklärt worden.

Über die Mannheimer Resolution wird noch gesprochen werden, nur soviel sei heute gesagt: sie trifft vollständig daneben. Um nur eins anzuführen: wenn jemand zur Verantwortung zu ziehen und zu verurteilen wäre, so wären es nicht Vorhöfner und Massatsch, sondern der Gesamtvorstand, der alle Beschlüsse einstimmig gefaßt hat. Vorhöfner und Massatsch handelten nur in seinem Auftrag, über die Handlungen des Vorstandes kann auch nicht ein Schiedsgericht urteilen, Beschwerden gegen ihn sind an den Ausschuss zu richten, und in letzter Linie hat die Generalversammlung zu urteilen. Der Verfasser der Resolution hat auch übersehen, daß die Kündigung des Kollegen Schneider nur auf statutengemäßem Wege erfolgen kann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Forderungen zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 24. Januar der 5. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. Januar 1909 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandstatuts gestattet:

Der Verwaltungskasse Zuffenhausen 5 3 pro Woche vom 1. Februar an.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungskasse in Hall: Der Gießereiarbeiter Gottl. Börrer, geb. am 7. September 1871, zu ?, Lit. A. Buch-Nr. 307890, wegen Schädigung des Verbandes

Auf Antrag der Verwaltungskasse in Korwehheim: Der Schlosser Heinz Bäuml, geb. am 30. April 1872 zu Weiden, Lit. A. Buch-Nr. 83559, wegen Diebstahl

Aufforderung zur Rechtfertigung. Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluss aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungskasse in Alzenau: Der Former Gust. Biegarth, geb. am 26. Februar 1837 zu Heseloh, Lit. A. Buch-Nr. 152181, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

Auf Antrag der Verwaltungskasse in Magdeburg: Der Kermacher Gust. Herzberg, geb. am 20. Februar 1865 zu Magdeburg, Lit. A. Buch-Nr. 46370, wegen Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungskasse in Pforzheim: Der Bergolder Adam Hölz, geb. am 4. September 1865 zu Heidelberg, Buch-Nr. 345157, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag des Schwäb. Metallarbeiter-Verbandes, Sektion Winterthur: Der Bohrer Heinz Stridler, geb. am 19. März 1883 zu Richterswil, wegen Unterschlagung.

Erhalten wurde: Lit. A. Buch-Nr. 84908, Instand auf Robert Wiedert, Schlosser, geb. am 10. Jan. 1868 zu Berlin, eingetreten am 31. Okt. 1908 in Burg. (Wendenburg.)

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Gießerei, Alte-Str. 16) zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzubalten:

von Formern, Eisengießereiarbeitern und Kernmachern nach Arbon, Schweiz (Wieserei Schredenberg) M.; nach Duisburg (Mieberech. Hütte) D.; nach Luckenwalde (Grellus) M.; nach Rhendt (Firma Grotten) Str.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Ruffinpiccolo i. Österr., Schiffswerft, D.; nach Mähren (elektr. Fabrik, L. Dojczal & Co.) St.; nach Prag (Morrell & Co., Kisterfabrik) U.; nach Rombach in Lothringen (Rombacher Hütte) D.; nach Würzburg (Alliengeseilschaft für Landw. Maschinen vorm. Gebr. Burbaum) D.; von Schlossern, Drehern, Schmieden und Maschinenarbeitern nach Friedrichroda in Thüringen (F. Schönau, Rinder-tariffabrik) M.; nach Riga M.; von Schlossern (Bau) nach Kassel U.; von Walzwerkarbeitern (besonders Fein- und Drahtwalzern) nach Rombach i. Lothr. (Rombacher Hütte) D.

(Die mit U. und St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu melden sind; v. St. heißt: Streif in Aussicht; U.: Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Auslieferung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Wi.: Wählende; Rh.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungskasse beglaubigt sein.

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungskasse, der das Mitglied angehört, abstampfen zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungskasse besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem seitherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Formern.

Nürnberg. Die Firma Berg (Eisengießerei in Nürnberg-Mögelhof) sucht in auswärtigen Blättern Formern bei hohem Lohn, obwohl in Nürnberg mindestens 50 arbeitslose Formern vorhanden sind. Die Arbeitsbedingungen bei der Firma lassen mehr als alles zu wünschen übrig. Die meisten dort beschäftigten Formern haben Stundenlöhne von 35 bis 38 S. Die Akkorde sind größtenteils so schlecht, daß die Arbeiter nicht einmal die miserablen Stundenlöhne verdienen können. Die Firma versucht nun, die Nürnberger Formern ganz los zu werden, um die Akkorde noch mehr drücken zu können. Wir warnen daher die Formern allerorts, auf die Versprechungen der Firma hereinzufallen.

Heizungsmonteur.

Köln a. Rh. Im Dezember vorigen Jahres fand hier eine gemeinschaftliche Versammlung der Heizungsmonteur von Köln und Düsseldorf statt, zu der die Düsseldorfser Unternehmer der Heizungs-Verbande die Veranlassung gaben. Es dürfte den Kollegen wohl zur Genüge bekannt sein, daß die Unternehmer es auf alle mögliche Art und Weise versuchen, ihren Arbeitern etwas aufzuhalsen, das den Schein erweckt, als wolle man ihre Lage verbessern. Befiehet man sich aber die Sache im richtigen Lichte, so macht man die traurige Wahrnehmung, daß das nicht der Fall ist. Das war auch bei den Düsseldorfser Heizungsmonteuren der Fall. Verschiedene Düsseldorfser Heizungsfirmen wollten ihren Monteuren etwas besonderes bieten, indem sie diese als Beamte mit Monatsgehalt anstellten. Das klingt sehr schön, im ersten Moment glaubten auch die Kollegen, es sei jetzt der richtige Zeitpunkt für sie gekommen, eine Stufe höher zu steigen. Aber weit gefehlt! Der Unternehmer, der seinen Arbeitern etwas gutes bieten will, braucht doch gewiß keine Viebsungen zu machen, wenn er es mit seinen Arbeitern ernstlich meint. Aber den Arbeitern wird etwas vorgekauft und den Gewinn von der Sache steckt der Unternehmer ein. Dieses mußten auch die Düsseldorfser Kollegen erfahren, indem ihnen ein Revers zum Unterzeichnen vorgelegt wurde mit dem Bemerkten, daß sie jetzt mit einem festen Monatsgehalt von 50 und 50 Mark ange stellt würden, einige Zeit darauf bekamen die betreffenden Kollegen erst den richtigen Vertrag vorgelegt. Aber wie sahen sie sich enttäuscht. Anstatt mit dem versprochenen Gehalt wurden sie laut Vertrag mit einem viel geringeren ange stellt. Ferner sollen sie eine Kündigungsfrist innehalten von 1/4 und 1/2 Jahr, und dazu kam noch so manches andere Unangenehme. Nun gingen den Kollegen die Augen auf, sie sahen, wenn wir das gewußt hätten, würden wir uns nicht darauf eingelassen haben. So sieht es also in Wirklichkeit mit der Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer aus, die ihren Arbeitern etwas bieten und sie als Beamte anstellen wollen. Hoffentlich wird dieser Fall jedem Kollegen zur Warnung dienen. Wir können nur jedem einzelnen zurufen: Organisiert euch, tretet mit ein in die Reihen, die eure Kollegen gebildet haben, damit wir geschlossen dastehen, denn zur dann können wir unsere Lage verbessern. — Nach gemüßigter Aussprache wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute in Düsseldorf zu Köln tagende gemeinschaftliche Versammlung der Düsseldorfser und Kölner Heizungsmonteur beschließt, in erster Linie mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß das leidige sogenannte Vertragswesen so bald wie möglich ein Ende nimmt und auch den letzten noch fernstehenden Kollegen der Organisation des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zuzuführen.“ Hoffentlich wird dies jeder Kollege auch beherzigen.

Mechaniker.

Hamburg. In der Versammlung der Feinmechaniker, Elektriker und der chirurgischen Branche am 2. Januar erstattete Kollege E. Hornmann den Jahresbericht. Das vergangene Jahr sei ein recht arbeitsreiches gewesen. Es haben stattgefunden 12 Monatsversammlungen, davon 8 mit Referenten, eine öffentliche Versammlung, ein Vortragabend für die chirurgische Branche bei Dr. Stein und Freyler; ferner waren die Sektionsleitung oder einzelne Mitglieder derselben beteiligt an 95 Versammlungssitzungen, 16 Delegierten-sitzungen unserer Branche, 5 Sitzungen der Agitationskommission, 4 Sitzungen der Sektionsleitung, 7 Sitzungen mit den Gold- und Silberarbeitern, 14 Sitzungen der Gruppenleiter, 26 sonstigen Sitzungen. An Vergünstigungen fanden statt ein Stiftungsfest und ein Sommerfest. Mehrfach sei es im verfloßenen Jahr zu kleinen Konferenzen und Auseinandersetzungen mit den Unternehmern gekommen, da diese, begünstigt durch die Krise, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern versuchten. Bei den Elektrikern sei zum Teil das Akkordwesen stark eingetriften, so daß wir uns in einer Versammlung speziell damit beschäftigen mußten. In den feinermechanischen Betrieben wurde eine Statistik aufgenommen, aus welcher einige

Wohnung mitteilt, dass dieselbe um 31 Punkte mit 341 Personen, davon 106 Metallarbeiter und 100 andere Berufs. Davon waren organisiert im Deutschen Metallarbeiter-Verband 179, in anderen Verbänden 11, unorganisiert 50. Das Durchschnittsalter war 30,2 Jahre. Der Einkommenverdienst betrug durchschnittlich pro Stunde bei Lohnarbeit 60,8 Pf., bei Selbsttätigen 71,9 Pf. Der durchschnittliche Wochenverdienst betrug 3,40 Mark. Unverheiratet waren 78 Personen 117 Tage. Ein freiwilliges Bild gab die Frage der Überstunden; es wurden von 61 Personen 8704 Überstunden gemacht, darunter waren 19 Personen mit je 800 bis 400 Stunden. Aufgabe der neuen Sektionsleitung mußte es sein, hier vor allen Dingen Wandel zu schaffen, wobei sie jedoch der tatkräftigen Unterstützung der Mitglieder bedürfte. Kollege Wolfer sprach der Sektionsleitung seine Anerkennung aus, er wünscht, daß in diesem Jahre auch in der elektrischen Branche eine Statistik aufgenommen werden möge. Bei der Wahl der Sektionsleitung wurden per Klammation die Kollegen Thormann, Landow und Drechmann wieder, und Kollege Wegge neu gewählt. Kollege Thormann teilte mit, daß für unser Sommervergnügen ein Dampferboot nach Schullau, Lokal „Zum Barnab“, vorgesehen sei. Unser Stützpunkt findet am Sonntag, den 14. März, im Gewerkschaftshaus statt. Ferner gab der Vorsitzende bekannt, daß unsere Versammlungen, da uns das bisherige Lokal an Sonntagen nicht mehr zur Verfügung steht, von jetzt an bei Etange, Reughausmarkt, an jedem ersten Sonnabend im Monat stattfinden.

Metallarbeiter.

Duisburg-Weidertisch. (Christliches.) Wie es mit der christlichen Nächstenliebe aussieht, beweist folgender Vorfall. Beim Vorstand der Krankenkasse der Hülte Phönix hatte ein Arbeiter um eine Unterstützung nachgesucht, weil seine Frau drei Monate zu Hause und sieben Wochen im Krankenhaus krank gelegen war und er noch sechs kleine Kinder zu ernähren hat. Der Mann hoffte auch bestimmt auf eine Unterstützung, er hatte aber die Rechnung ohne einen „Christlich“ Organisierten gemacht. Dieser Wille bezeichnete den Arbeiter bei einem Beamten der Hülte als notorischen Trunkenbold, er stände auf der Saufstraße u. s. w. Der Kassier erkundigte sich bei dem betreffenden Meister, der dem Arbeiter aber nur ein gutes Zeugnis ausstellen konnte. Was mag den Christen nun zu seiner Tat bewegen haben? Etwas Rache, weil der Mann sich nicht „Christlich“ organisiert hat? Die Kollegen, die von den schwarzen Strategen mit Terrorismusräuschen angeschwindelt werden, mögen auf diesen Fall hinweisen, der sich auf der Hülte Phönix abgespielt hat.

Düsseldorf. In Nr. 37 der Metallarbeiter-Zeitung vom vorigen Jahre war eine Korrespondenz aus Düsseldorf enthalten, durch die sich Herr Hotelier Weber beklagte und deshalb Privatklage gegen den verantwortlichen Redakteur stellte. Für die Sache fand auch ein Termin vor Gericht statt, es kam aber zu keinem Urteil, da die Parteien außergerichtlich folgenden Vergleich geschlossen haben: 1. Schemm erklärt, daß es ihm mit den in Nr. 37 der Metallarbeiter-Zeitung gemachten Bemerkungen ferngelegen habe, über den Geschäftsbetrieb des dem Herrn Weber gehörigen Hotels „Altenland“, Zimmermannstraße 41, etwas Nachteiliges zu verbreiten. 2. Schemm übernimmt alle Kosten des Privatklageverfahrens einschließlich der gegnerischen Anwaltskosten von 30 M. 3. Dieser Vergleich wird in der Metallarbeiter-Zeitung und in der Düsseldorf Post in gewöhnlicher Petitschrift veröffentlicht, nach der Veröffentlichung wird die Privatklage zurückgezogen.

Neustingen. Auch hier wird die schlechte Konjunktur von den Unternehmern durch Lohn- und Arbeitsreduktionen ausgeglichen. Bei der Firma Messing & Söhne wurden zu Weihnachten drei Dreher entlassen, die den ganzen Sommer und Herbst hindurch sich auch noch in Überstunden abrackern mußten, damit Maschinen zu einer Ausbesserung rechtzeitig fertig wurden. Bei dieser Firma wird jüngerer Dreher und Schlosser ein Stundenlohn von 25 Pf. bezahlt, über 20 Jahre alten gelernter Arbeiter zahlt man 30 bis 40 Pf. Durch den Schloffermeister wird die Antriebskraft intensiv betrieben, er läuft den Zeiten auf den Abort nach. Die Entlassung von einem der drei Dreher erfolgte aus dem Grunde, weil er ein Stück Arbeit, wofür früher 90 Pf. bezahlt wurden und das wegen einer technischen Verbesserung billiger gefertigt werden konnte, nicht um den vom Meister angeordneten niedrigeren Preis machen wollte, sondern 70 Pf. verlangte. Ein unorganisierte Kollege, der seinen Lebensabend bei der Firma Messing & Söhne zu verbringen glaubt, erbot sich, die Arbeit um 30 Pf. zu machen. Auch die Behandlung durch den Meister und den jungen Herrn Messing läßt zu wünschen übrig. Der Gesandtheit diesjährige Einrichtungen wären auch wünschenswert. Leider haben es viele Kollegen nicht eilig, daß sie sich der gewerkschaftlichen Organisation anschließen wollen. Durch ihre Teilnahmelosigkeit unterstützen sie aber das Tun der Unternehmer. Möchten doch die Kollegen recht bald zu der Einsicht kommen, daß sie ihres Standes eigener Schutze sein müssen.

Belzer. Die fünfzig-Jährigen Gewerkschaften befinden sich auf dem Wege vom Leben zum Tode. Sie hatten ja noch keine recht Bedeutung, ihr kümmerliches Leben wird aber immer weniger, doch machen sie die wichtigsten Anstrengungen, ihr Dasein zu verlängern. Vor zwei Wochen riefen sich die Belzerer Hülfe nach jahrelanger todesähnlicher Schlaf auf einen großen Schlag gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu unternehmen. Ein Antrag sollte die Einleitung dazu sein. Ein Belzerer Hülfe sprach sich nicht dazu hergeben zu wollen, dieses Flugblattes mit seinem Namen zu bedecken, deshalb mußte ein gewisser „Lange“, dessen Jahresbesitzer des fünfzig-Jährigen Gewerkschafts in einem anderen Kollegen im dortigen Industriegebiet wegen seiner alljährigen Beitragsrückstände festgesetzt bekannt, seinen Namen unter das Gedruckt sein. „Der Hülfe“ ist das einzige Gewerkschaftsblatt, es trägt das folgende Motto: „Es sind die schließlichen Gründe nicht, wenn die Belzerer sagen: „Der Hülfe“ ist, wie gesagt, gegen uns und gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband gerichtet. Wir müssen bekennen, daß wir uns in die letzten Zeit. Wir es sind ja, wenn es sein sollte, hätten wir es für angebracht, sie auf dem Finger zu klopfen. Es geht es während des Jahres bei denen im Jahr 1908. Das ist ein fünfzig-Jähriger als Arbeitslosiger zu arbeiten. Die Hülfe unterstützt ihn ebenfalls noch, was er später in einem Schreiben bekannt gegeben hat. Im November bei der Dreier-Konferenz sprach er sich mit uns, die Arbeiterzeitung auf den Grund der Situation hinweisen und ihnen die Anforderungen der Hülfe mitteilen, die Hülfe mit uns zu tun. Wenn die Hülfe sich unterwirft, werden wir es in den nächsten Tagen nicht eingeweiht sein, dann nur deshalb, weil sie für ein vollständiges Beitragsrückstand verurteilt sind, und deshalb liegt es uns und ganz ja, was wir in weiteren Flugblättern demselben schreiben. Jetzt 1908, wo der Hülfe sehr demotiviert, kommt ein Flugblatt: „Der Hülfe“. Der Inhalt des Flugblattes enthält langweilige Fragen und Behauptungen über unsere Verhältnisse. Man hätte dem Herrn einen Brief, mit dem Anforderungen des Gewerkschafts ist auch kein Grund zu machen. Ist dem fünfzig-Jährigen Hülfe nicht alles einseitig, was in diesen Flugblättern veröffentlicht wurde. Gibt der Hülfe nicht eine demotivierende Propaganda zur Verfügung gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband an die Arbeiterzeitung verleiht. Demselben Hülfe kann man auch die ganze Zeit...

Belzer. Im Sonntag den 10. Januar hatten die Gewerkschaften hier eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung einberufen und alle Metallarbeiter und Freunde dazu eingeladen. Das Resultat ist Jordan (Belzer) über: Die Hülfe und ihre Hülfe. Er sprach über die Entwicklung des Kapitalismus und die Hülfe von Europa gehen und welche Folgen das hat. Durch die Hülfe, wie heute geschickt werden muß, ist eine Hülfe in der Hülfe mit 8 bis 10 Jahren eine vollständige Entwicklung. In der Hülfe haben nicht einen nachgewiesenen Erfolg erzielt, sondern ja es ist notwendig, daß sie organisiert, um für die Arbeiterzeitung zu tun. Die Gewerkschaften hätten als erste Organisation die Hülfe durch Hülfe nicht angefangen sein sollen, die Hülfe Hülfe sein muß, aber auch nicht. In der Hülfe sollte es sich zeigen, daß nicht nur Hülfe, sondern Hülfe für Gewerkschaften angefangen werden mit fünfzig-Jährigen.

viener. Mit großer Befriedigung empfing Kollege Eggert (Wien) vom Deutschen Metallarbeiter-Verband ein Wort. Er erklärte, daß man sich auf den Grund nach den Ursachen der Krise wohl fragen könne, er habe dabei folgende Gedanken. Unser Sieg über die Krise wird nur durch die Organisation der Arbeiter erreicht, die Arbeiterorganisationen müssen sich in der Krise eine Unterstützung von Seiten unserer Unternehmern verschaffen, die Arbeiterorganisationen nicht gerecht, der wichtigste der Unterstützung wegen seine Beiträge zu leisten. Wir legen den größten Wert darauf, die Arbeiterzeitung zu veröffentlichen, die die Arbeiterzeitung in Zeiten der Krise wohl die Hülfe bringen, das aber nicht die Arbeiterzeitung, sondern unser Streben geht deshalb vornehmlich dahin, den Zustand, der dies verschuldet, zu beseitigen. Wer daran mitarbeiten möchte, der müsse notgedrungen an der Beseitigung des kapitalistischen Arbeitssystems überhaupt mitarbeiten. Die Krise sei nur eine Folge der kapitalistischen Produktionsweise. Wenn die Gewerkschaften die ersten gewesen seien, die ihren Mitgliedern Unterstützung gewährten, so habe Jordan vergessen zu sagen, daß außer ihnen während des Kapitalismus lange Zeit gar keine Gewerkschaftsorganisation existierten durfte. Wenn wir dafür eintreten, daß der Staat die Arbeiterzeitung unterstützt, so tun wir dies in der Überzeugung, daß dies seine erste Pflicht sein müßte. Dann sprach ein Löcher sein Bedauern darüber aus, daß auf verschiedenen Bauten in Wien, die vom Typenverband gesperrt sind, Fische als Arbeitswillige tätig sind. Im Schlusswort wandte sich Jordan ohne jeden Grund gegen die sogenannte Katastrophentheorie; er polemisierte gegen Dinge, die in der Diskussion ganz unberührt geblieben waren. Dies wollte Eggert in einer persönlichen Bemerkung feststellen, allein der seiner Aufgabe nicht gemachte Vorlesende schloß die Versammlung in dem Moment, wo Eggert zur persönlichen Bemerkung ums Wort bat.

Rundschau.

Reichstag.

Bei seinem Wiedereintritt nach den Weihnachtsferien (12. Januar 1909) fand der Reichstag ein fast unübersehbares Arbeitspensum vor. Da ist zunächst der Etat, dessen Durchberatung in diesem Jahre besonders sorgfältig betrieben werden soll, da man ja bekanntlich „Ersparlichkeit“ an den Tag legen will; vor den Ferien konnte nur die erste Lesung beendet werden und alsdann wurde der gesamte Stoff der Budgetkommission überwiesen, die ihn jetzt stückweise in die Vollversammlung bringt. Neben der Budgetberatung erregen die Arbeiten der Steuerkommission zurzeit das größte Interesse. Ob man freilich in diesem Zusammenhang das Wort „Arbeiten“ anwenden darf, kann zweifelhaft erscheinen. Viermal in der Woche vereinigen sich nämlich 22 Schlichter aus dem Reichstag mit einigen Dutzenden von Regierungsvertretern, um in stundenlangen Plaudereien — leeres Stroh zu dreschen! Bisher ist die Kommission noch nicht über ganz unwichtige und belanglose Erörterungen über den Steuerbedarf hinausgekommen, den die Regierung bekanntlich auf 500 Millionen Mark angegeben hat. Das Zentrum sucht diese Summe nach Möglichkeit herabzudrücken, indem es dabei von der Erhöhung ausgeht, daß die anderen bürgerlichen Parteien die Steuererhöhung machen, dem Zentrum aber dabei den Ruhm lassen sollen, die Last, soweit es nur anging, erleichtert zu haben. Das ist der Zweck der zähfließenden Redebühnen.

Von den anderen Vorlagen, die der Erörterung teils in Kommissionen, teils im Plenum harren, erwähnen wir die folgenden: Anträge auf Schaffung konstitutioneller Garantien gegen das persönliche Regiment und die damit im Zusammenhang stehenden Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstags, die dem Parlament einen größeren und unmittelbaren Einfluß auf die Maßnahmen der Regierung sichern sollen; sodann eine Novelle zur Gewerbeordnung über den Schutz der Heimarbeit, Arbeitsstammengesetz, Automobilgesetz, Beiratsgesetz, Novelle zur Zivilprozessordnung, Gesetz über die Einwirkung von Armenunterstützungen auf die öffentlichen Rechte der Almosensammler, Gesetz über die Preisfestsetzung beim Handel mit Schlachtvieh, Gesetz über die Beseitigung der Doppelbesteuerung, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, Novelle zum Stempelsteuergesetz. Wenn diese Entwürfe auch gewiß zum Teil nicht von besonderer Wichtigkeit sind, so erfordert ihre formale Erledigung doch immerhin ihre Zeit; aber sind doch von entscheidender Bedeutung für das Wohlergehen des Volkes und müssen ohne Rücksicht auf die Dauer der Erörterung sorgsam und gewissenhaft behandelt werden. Wir denken dabei in erster Linie an die Steuererhöhung. In der von der Regierung vorgelegten Form wird kein einziges Gesetz werden, das nicht fest, ebenso fest aber auch fest, daß die Nachschüsse entfallen. In der Regierung war Mittel im Betrage von 400 bis 500 Millionen Mark jährlich zur Verfügung zu stellen. Es müssen also neue, andere Gesetzesentwürfe gemacht werden. Ob sie besser sein werden, als die Vorlage der Regierung, ob zumal die Interessen der unterbemittelten Bevölkerung darin besser berücksichtigt werden, das steht dahin. Die Experten schreien: die grundsätzlichen Änderungen in der Gesetzesmaterie der Steuererhöhung sind im Jahre 1906 gemacht worden, nicht von der Regierung, sondern von jenen Parteien her, die jetzt gerne bereit sind, Steuern — aus dem Laufen der anderen zu bewilligen. In ihnen geht unter anderem die Sozialdemokratie. Sie soll auch dem Willen der verabschiedeten Regierung entsprechen werden, sobald genügend Gehör auf den Gewerkschaften vorliegt, deutlich gezeigt hat. Bei den Erörterungen hierüber kam es in der Steuerkommission (16. Januar) zu einer interessanten Erörterung der Hülfe und der Sozialdemokratie des Reichstags: diese Partei will nämlich die Sozialdemokratie nicht nur beibehalten, sondern sie auch noch auf die Karten zur vierten Wagenklasse ausdehnen! Es wird angezweifelt sein, diesen neuen Grund der „Sozialdemokratie“ weit weiten Stoffe gerade der Arbeiterzeitung beizubringen.

Die Gewerkschaften des Reichstags in der ersten Woche seiner Tätigkeit nach Reichstag beschäftigten sich mit Petitionen, mit dem Gesetz über Armenunterstützungen und mit dem Gesetz über die Preisfestsetzung beim Handel mit Schlachtvieh. Bei keiner dieser Gesetzesentwürfe werden die berechtigten Wünsche und Interessen der unteren Klassen genügend berücksichtigt. Berücksichtigung der sozialdemokratischen Forderungen werden von der Reichstag nicht berücksichtigt. In Erklärungen der Reichstag wurde bekanntlich die Verhältnisse über das Arbeitsstammengesetz, die auch Abschluß der ersten Sitzung angeschlossen werden müssen, da hierbei für die Arbeiterzeitung vieles auf dem Spiele steht.

Zählung der Arbeitslosen.

Die große Arbeitslosigkeit in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie läßt schon seit geraumer Zeit die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Frage der genauen Zählung der Arbeitslosen, um ein Bild über den Stand der Arbeitslosigkeit zu erhalten. Bekanntlich hat sich auch unser Verband an der auf Veranlassung des Reichstags Statistischen Bundesamtes durchgeführten Arbeitslosen-Zählung beteiligt. Durch diese Zählung werden aber bei weitem nicht alle arbeitslosen Mitglieder unseres Verbandes erfasst, und man weiß sehr wohl, daß die Zahl der auf der Reise befindlichen Mitglieder nicht genau festgestellt werden kann. Die folgende

Statistik über den auf der Reise befindlichen Mitglieder läßt vor allem an dem Mangel, daß es nicht möglich war, die zu erfassen, die keine Reiseunterstützung beziehen u. s. w. dann an dem Umstand, daß die Zählung nur einen Teil der Mitglieder umfaßt. Die Zählung an nur einem Ort, wie dies nach den Anordnungen des Reichstags Statistischen Bundesamtes geschieht, diejenigen reisenden Mitglieder unseres Verbandes nicht erfasst, die an einem Nicht-Verbandsort übernachteten. Auch die spät abends am nächsten Morgen reisenden werden nicht berücksichtigt, weil die Reisekostenabrechnung vielfach in den üblichen üblichen Bureaukunden erfolgt und viele reisende Mitglieder das ihnen zugehende Reisegeld am anderen Tage erheben. Es sind also Fehlerquellen vorhanden, die das Ergebnis der Zählung der reisenden Mitglieder an einem Ort erheblich trüben.

Um eine vollkommenere, möglichst lückenlose Zählung der reisenden Mitglieder zu ermöglichen, muß sie unter der Voraussetzung der Vermeidung von Doppelzählungen auf einen längeren Zeitraum ausgedehnt werden. Innerhalb einer Woche dürfte jedes auf der Reise befindliche Mitglied in irgend einem Verbandsort auftauchen und damit die Möglichkeit der Zählung bestehen. Der Vorstand hat daher eine solche Zählung in der Zeit vom 23. bis 31. Dezember 1908 vorzunehmen lassen. Die Zählung erfolgte mittels Zählkarten und auf diese Weise wurde ein einwandfreies Material erzielt, da Doppelzählungen ausgeschlossen werden konnten. Das Resultat der Zählung liegt nunmehr vor. Es wurden in der Zeit vom 23. bis 31. Dezember 1908 1422 Mitglieder als arbeitslos auf der Reise gezählt; das sind 0,4 Prozent der Mitglieder überhaupt. Mit der Zählung war eine Erhebung nach der Dauer der Arbeitslosigkeit verbunden, die für die reisenden Mitglieder sonst überhaupt nicht ermittelt werden kann. Von den 1422 Reisenden waren arbeitslos: 224 bis zu einer Woche, 187 zwei Wochen, 118 drei Wochen, 140 vier Wochen, 95 fünf Wochen, 70 sechs Wochen, 81 sieben Wochen, 70 acht Wochen, 84 neun Wochen, 50 zehn Wochen, 111 elf bis 19 Wochen, 71: 14 bis 16 Wochen, 49: 17 bis 20 Wochen, 188 über 20 Wochen. Dies Resultat der Zählung gibt natürlich kein genaues Bild von der Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie, da ja nur unsere zahlenden Mitglieder erfasst wurden. Von den Zählern, die die Arbeitslosen in den Herbergen u. s. w. aufsuchten, wird, soweit sie sich zu der Frage äußerten, übereinstimmend angegeben, daß die Zahl der nicht organisierten arbeitslosen reisenden Metallarbeiter sehr beträchtlich sei. Das kommt ja auch in dem Umbrang Arbeitsfuchender an den öffentlichen Arbeitsnachweisen zum Ausdruck.

Gegen die Elektrizität- und Gassteuer.

Die Macher des famosen Gesetzentwurfes zur Besteuerung des Gebrauchs von Elektrizität und Gas erleben nicht viel Freude an ihrem Gesetzesentwurf. Von den verschiedensten Seiten wird energisch gegen dieses Monstrum protestiert. Der Zentralverband deutscher Industrieller, der den Entwurf noch nicht gleich verurteilen wollte (siehe Metallarbeiter-Zeitung 1908, Nummer 47, Seite 382), hat sich ebenfalls nicht mit ihm befeunden können und die in Nummer 49 (Seite 399) abgedruckte Aufforderung des Verbandes deutscher Klempner- und Installateurinnungen an die Verbandsmitglieder, Protestversammlungen abzuhalten, ist sehr eifrig befolgt worden. Über die Ablehnung durch den Verein deutscher Eisenhändlerleute haben wir schon in Nummer 1 (Seite 7) berichtet. Zu demselben Resultat kam der Verband der sächsischen Industriellen in seiner am 9. Januar abgehaltenen Sitzung. Recht über ist dem Entwurf aber von der Vereinigung der Glühbirnenfabrikanten mitgespielt worden. Diese hat dem Reichstag eine Denkschrift eingereicht, worin nachgewiesen wird, daß der Gesetzesentwurf ohne jede Sach- und Fachkenntnis ausgearbeitet worden ist. In dieser Denkschrift wird unter anderem darauf aufmerksam gemacht, daß die Besteuerung des Glühbirnenbesitzes die Einbürgerung der Spiritusbeleuchtung, an der die Landwirtschaft ein großes Interesse habe, sehr erschwere. Der Hinweis auf den Zoll, den das Petroleum zu tragen habe, sei nicht treffend, da das Petroleum zum großen Teil in den Händen einer ausländischen Privatgesellschaft monopolisiert sei, während die Erträge der Gasanstalten überwiegend den Kommunen und damit der Allgemeinheit zugute kommen. Es wird ferner noch auseinandergesetzt, welche Schädigungen die vielen kleineren Glühbirnenfabriken, die Händler und die Installateure durch die Steuer und die Art, wie sie eingetrieben werden soll, erleiden müssen. Das Zölle weiß aber die Denkschrift bei der Betrachtung über den mutmaßlichen Ertrag der Steuer nach. Die Regierung hat eine Jahresproduktion von 100 Millionen Glühbirnen angenommen. Diese Zahl kann ungefahr stimmen. Die Regierung hat aber nicht berücksichtigt, daß nahezu zwei Drittel der fabrizierten Glühbirnen ins Ausland gehen, also von der Steuer frei bleiben sollen. Die Steuer würde also nicht, wie veranschlagt, 10 Millionen Mark einbringen, sondern nur etwa 3 1/2 Millionen. Dann darf nicht vergessen werden, daß der Staat selber jährlich etwa 8 Millionen Glühbirnen verbraucht. Die Steuer für diese wird also aus einer Kasse herausgenommen und in die andere hineingelegt. Statt der erwarteten 10 Millionen werden die Glühbirnen vielleicht zwei Millionen einbringen. Und darum all die Schädigungen und Unbilligkeiten!

Bei der „Berechnung“ des Ertrags der Steuer auf elektrische Glühlampen ist außer acht gelassen worden, daß von den jährlich produzierten 34 Millionen Glühlampen aller Art etwa 14 Millionen ausgeführt werden, also auch steuerfrei bleiben. Die Kohlenröhre sollen 7 Millionen Mark einbringen. Dabei ist wieder nicht berücksichtigt worden, daß die Reichs- und Staatsbehörden (für Bahnhöfe u. s. w.) selber ein Fünftel davon verbrauchen. Die dafür entrichtete Steuer bedeutet für das Reich also ebenfalls keine Einnahme. Überhaupt muß man für die von den verschiedenen Reichs- und Staatsbehörden verbrauchten Elektrizitäts- und Gasanlagen und ferner für die verbrauchten Beleuchtungskörper mindestens drei Millionen vom Steuerertrag abziehen. Nach dem Entwurf soll ferner ein Kilogramm Bogenlampe im Wert von 1,80 M., nämlich mit 1 M. Die geringere Röhre wird also mit einer Steuer von 192 Prozent belastet und die bessere nur mit 55 1/2 Prozent. Bei einer gewöhnlichen Bogenlampe zu 12 Ampere mit 4000 Brennstunden beträgt die Steuer jährlich 62,56 M., bei einer Flammenbogenlampe zu 8 Ampere mit gleicher Brenndauer aber nur 30,13 M. Von solchen Ungerechtigkeiten lassen sich noch mehr anführen.

Es ist darum kein Wunder, daß der famose Entwurf von allen Interessenten abgelehnt wird. Auch der Vorstand des deutschen Städtetags hat eine Eingabe gegen diesen Entwurf an den Reichstag gerichtet. Dasselbe tat der Deutsche Verein der Gas- und Wasserfachmänner. Von Unternehmerverbänden, die sich der Protestbewegung angeschlossen haben, nennen wir den Verein sächsischer Holzhandlender und Industrieller, ferner die Industriellenverbände in Südrheinland und in Bayern. Auch viele Mittelstandsvereinigungen haben protestiert. Mit einem Worte gesagt, die Bewegung ist unübersehbar und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß sie den angeführten Erfolg haben wird. Es wurde sogar schon in den Zeitungen berichtet, daß der Entwurf zurückgezogen werden solle. Einige Tage darauf hieß es jedoch wieder, daß die Regierung nicht davon denkt. Offenbar will diese die Klage bis zu Ende austofen. Der Reichstagsbeschluss wird durch eine Ablehnung dieser Steuer aber nicht aus der Welt geschafft und man wird nach neuen Steuerobjekten suchen, denn auf die einzig richtige Steuerpolitik, auf eine kräftige Heranziehung der Reichen, ist bei dem volksfeindlichen Kurze der Regierung doch nicht zu hoffen.

Gewerkschaftliches.

Hateldener. Seit Bekanntmachung in Nr. 2 des Verbandsorgans sollen während den nächsten Wochen in allen größeren Städten Deutschlands öffentliche Versammlungen abgehalten werden. Die Tagesordnung lautet: 1. Der wöchentliche Ruhetag im

Schlichtungsausschuss. Verhandlung der Schlichtungsausschüsse auf alle Angelegenheiten...

Handelskammer. Der Vorstand der Handelskammer...

Arbeitergerichtliches.

Montag im Wald. Der Stellenschied N. montierte im Auftrag der Firma R. zu Dortmund ein Schwimmbad in Chile...

Abgewiesene Schadenersatzforderung. Der Hobler B. verklagte vor dem Gewerbegericht in Dresden die Firma H. auf Auszahlung von 85,84 M Lohn und Spargeld...

Trachtstern.

Wie die (bürgerliche) Rothringer Zeitung vom 14. Dezember 1908 berichtete, wurden die drei Direktoren der Kombacher Güte: R. Ginzberger, S. Miethe und Karl Schneider...

Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichsmarkung zu berechnen und bar auszuzahlen...

Reichsverband, Christlich-Soziale und Unternehmervogel.

Im Reichstagswahlkreise Siegen, den der Ex-Hörsprecher Ströcker bisher in seiner bekannten „christlichen“ Weise vertreten hat, raufte sich die Nationalliberalen mit den Christlich-Sozialen...

Der Reichshaupt erklärte ferner, daß die nationalliberale Partei keine Zuwendungen aus den Werklaffen erhalte; es gebe jedoch Parteimitglieder, die freiwillig Jahresbeiträge von mehreren hundert Mark zahlen...

Es ist auch in einer nationalliberalen Wählerversammlung in Düsseldorf durch den Christlich-Sozialen Herr Nippel aus Dagen...

„Christliches“ und fortiges aus der Maghütte. Allelei Vorgänge in der Maghütte aus der letzten Zeit sind sehr geeignet, ein Bild von der Übermüdigkeit der ganzen kapitalistischen Produktionsweise zu geben...

Wie die fränkische Tagespost vom 7. Januar berichtet, hatte der zwanzigjährige Feingoldschläger Ernst Sträh vor dem Schöffengericht in Nürnberg sich wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten...

Wie die fränkische Tagespost vom 7. Januar berichtet, hatte der zwanzigjährige Feingoldschläger Ernst Sträh vor dem Schöffengericht in Nürnberg sich wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten...

Wie die fränkische Tagespost vom 7. Januar berichtet, hatte der zwanzigjährige Feingoldschläger Ernst Sträh vor dem Schöffengericht in Nürnberg sich wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten...

Wie die fränkische Tagespost vom 7. Januar berichtet, hatte der zwanzigjährige Feingoldschläger Ernst Sträh vor dem Schöffengericht in Nürnberg sich wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten...

Wie die fränkische Tagespost vom 7. Januar berichtet, hatte der zwanzigjährige Feingoldschläger Ernst Sträh vor dem Schöffengericht in Nürnberg sich wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten...

Wie die fränkische Tagespost vom 7. Januar berichtet, hatte der zwanzigjährige Feingoldschläger Ernst Sträh vor dem Schöffengericht in Nürnberg sich wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten...

Wie die fränkische Tagespost vom 7. Januar berichtet, hatte der zwanzigjährige Feingoldschläger Ernst Sträh vor dem Schöffengericht in Nürnberg sich wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten...

Wie die fränkische Tagespost vom 7. Januar berichtet, hatte der zwanzigjährige Feingoldschläger Ernst Sträh vor dem Schöffengericht in Nürnberg sich wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten...

Wie die fränkische Tagespost vom 7. Januar berichtet, hatte der zwanzigjährige Feingoldschläger Ernst Sträh vor dem Schöffengericht in Nürnberg sich wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten...

Wie die fränkische Tagespost vom 7. Januar berichtet, hatte der zwanzigjährige Feingoldschläger Ernst Sträh vor dem Schöffengericht in Nürnberg sich wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten...

„Dresch-Cohen“ und Herr Lebus. Wie unseren Kollegen aus der Tagespresse bekannt ist, haben am 6. Januar in Berlin sieben große Gewerkschaftsversammlungen stattgefunden mit der Tagesordnung: Der gelbe Sumpf; ein Bild hinter die Kulissen der gelben Weine...

„Dresch-Cohen“ und Herr Lebus. Wie unseren Kollegen aus der Tagespresse bekannt ist, haben am 6. Januar in Berlin sieben große Gewerkschaftsversammlungen stattgefunden mit der Tagesordnung: Der gelbe Sumpf; ein Bild hinter die Kulissen der gelben Weine...

„Dresch-Cohen“ und Herr Lebus. Wie unseren Kollegen aus der Tagespresse bekannt ist, haben am 6. Januar in Berlin sieben große Gewerkschaftsversammlungen stattgefunden mit der Tagesordnung: Der gelbe Sumpf; ein Bild hinter die Kulissen der gelben Weine...

„Dresch-Cohen“ und Herr Lebus. Wie unseren Kollegen aus der Tagespresse bekannt ist, haben am 6. Januar in Berlin sieben große Gewerkschaftsversammlungen stattgefunden mit der Tagesordnung: Der gelbe Sumpf; ein Bild hinter die Kulissen der gelben Weine...

„Dresch-Cohen“ und Herr Lebus. Wie unseren Kollegen aus der Tagespresse bekannt ist, haben am 6. Januar in Berlin sieben große Gewerkschaftsversammlungen stattgefunden mit der Tagesordnung: Der gelbe Sumpf; ein Bild hinter die Kulissen der gelben Weine...

„Dresch-Cohen“ und Herr Lebus. Wie unseren Kollegen aus der Tagespresse bekannt ist, haben am 6. Januar in Berlin sieben große Gewerkschaftsversammlungen stattgefunden mit der Tagesordnung: Der gelbe Sumpf; ein Bild hinter die Kulissen der gelben Weine...

„Dresch-Cohen“ und Herr Lebus. Wie unseren Kollegen aus der Tagespresse bekannt ist, haben am 6. Januar in Berlin sieben große Gewerkschaftsversammlungen stattgefunden mit der Tagesordnung: Der gelbe Sumpf; ein Bild hinter die Kulissen der gelben Weine...

Vom Ausland. Auf der Landeskonferenz der tschechischen Metallarbeiter in Prag, wo beschlossen wurde, daß unsere tschechischen Kollegen in Böhmen künftig Sonderbündelei treiben sollen...

Nieder Gewerkschaften

Sie werden mit Unterstützung von... Die meisten mit Unterstützung von... Die meisten mit Unterstützung von...

In einem Staate wie Österreich... In einem Staate wie Österreich... In einem Staate wie Österreich...

Ich spreche hier keineswegs von einer... Ich spreche hier keineswegs von einer... Ich spreche hier keineswegs von einer...

Besonders fruchtbar dürfte der... Besonders fruchtbar dürfte der... Besonders fruchtbar dürfte der...

So richtig und notwendig die... So richtig und notwendig die... So richtig und notwendig die...

Ich halte es geradezu für... Ich halte es geradezu für... Ich halte es geradezu für...

Die Selbständigkeit halber... Die Selbständigkeit halber... Die Selbständigkeit halber...

Das die Gewerkschaften in... Das die Gewerkschaften in... Das die Gewerkschaften in...

Magazin

Im dem „unabhängigen... Im dem „unabhängigen... Im dem „unabhängigen..."

Was die Budapest... Was die Budapest... Was die Budapest...

Bei der Oberstadthauptmannschaft... Bei der Oberstadthauptmannschaft... Bei der Oberstadthauptmannschaft...

Der Zeuge Andreas... Der Zeuge Andreas... Der Zeuge Andreas...

Wenn die Polizei... Wenn die Polizei... Wenn die Polizei...

Die Budapest... Die Budapest... Die Budapest...

Metallarbeiter ganz... Metallarbeiter ganz... Metallarbeiter ganz...

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen... Mitglieder-Versammlungen... Mitglieder-Versammlungen...

Sonntag, 24. Januar... Sonntag, 24. Januar... Sonntag, 24. Januar...

Dienstag, 26. Januar... Dienstag, 26. Januar... Dienstag, 26. Januar...

Mittwoch, 27. Januar... Mittwoch, 27. Januar... Mittwoch, 27. Januar...

Sonntag, 31. Januar... Sonntag, 31. Januar... Sonntag, 31. Januar...

Montag, 1. Februar... Montag, 1. Februar... Montag, 1. Februar...

Dienstag, 2. Februar... Dienstag, 2. Februar... Dienstag, 2. Februar...

Bekanntmachungen der... Bekanntmachungen der... Bekanntmachungen der...

Verstorben

- Aus i. G. Franz Ludwig... Aus i. G. Franz Ludwig... Aus i. G. Franz Ludwig...

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziseleure

Berlin NW. 6, Chariteestraße 3... Berlin NW. 6, Chariteestraße 3... Berlin NW. 6, Chariteestraße 3...

Privat-Anzeigen

Selbständiger... Selbständiger... Selbständiger...

Literarisches

Soeben erschien im Verlag... Soeben erschien im Verlag... Soeben erschien im Verlag...